

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Zeitung erscheint an jedem Wochentag abends. - Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. - Verleger: Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg. - Postzeitungsamtliche Nummer 210. - Postzeitungsamtliche Nummer 210. - Postzeitungsamtliche Nummer 210. - Postzeitungsamtliche Nummer 210.

Magdeburg, Dienstag den 8. November 1927

Gemeindewahlen in Oldenburg

Sozialdemokratische Erfolge
 Rüstingen, 7. November. (Eigener Drahtbericht.)
 Am Sonntag haben in den meisten Orten Oldenburgs Kommunalwahlen stattgefunden, die eine Wahlbeteiligung von 70 bis 80 Prozent zu verzeichnen hatten. Die Wahlen haben fast überall einen Rückschlag für die Sozialdemokraten gebracht. In der Stadt Oldenburg erhielten die Sozialdemokraten 10 (bisher 8), Deutsche Volkspartei und Deutsch-nationale 15 (20), Demokraten 7 (7), Völkische 1 Mandat. In Rüstingen, der zweitgrößten Stadt Oldenburgs, gewannen die Sozialdemokraten zu ihren bisherigen 14 Mandaten 2 hinzu, so daß sie jetzt in der Stadt allein über 16 Mandate von 26 verfügen. In Rüstingen ist besonders heftig gekämpft worden, weil die Bürgerlichen die Stellung der Sozialdemokratie zur Marine auszuschlachten versuchten. Dennoch haben die vereinigten Bürgerlichen eine Schlappe erlitten. Ihre Mandatsziffer ist von 10 auf 8

zurückgegangen. Die Völkischen und die Kommunisten haben ihren einen Sitz behaupten können. In Delmenhorst, das bisher einen Stadtrat von 18 Bürgerlichen, 12 Sozialdemokraten und einem Kommunisten hatte, gingen die bürgerlichen Parteien auf 15 Mandate zurück, während die Sozialdemokratie ihre Mandatsziffer auf 16 steigerte. Die Kommunisten können über ihr bisheriges Mandat hinaus nichts an Gewinn verzeichnen. In Nordenham an der Weser haben die Bürgerlichen den Kommunisten einen Sitz abgenommen, während die Sozialdemokratie ihren alten Besitzstand von 9 Mandaten aufrechterhalten konnte, so daß jetzt im Stadtparlament den 9 sozialdemokratischen Sitzen 9 bürgerliche gegenüberstehen. In der Stadt Fehrbellin hat die Sozialdemokratie ihre Sitze behauptet. In der Stadt Varel hat die Sozialdemokratie einen Sitz gewonnen, ebenso die Kommunisten, während die Bürgerlichen 3 Mandate verloren haben. Die Demokraten haben ihren Besitzstand gehalten. Die Aufwertungs- und Sparspartei und einige andere Sondergruppen wie Mieter, Sozialrentner haben nirgends einen Erfolg erzielen können.

Und du . . . ?
 Dem Wegrand bis zum Gemenge
 gehst du genau den gleichen Trab
 wie wir.
 Dem Tagewort ist wie unfres Schwes
 und Hunger leidest du so sehr
 wie wir.
 Und bist du alt, so gehst du trumm
 mit einem Bettelack herum
 wie wir.
 Auch du erschufst der Freiheit Licht,
 gabst gern der Welt ein neu Gesicht
 wie wir.
 Doch wer den neuen Tag will sehn,
 der muß dafür im Kampfe stehn
 wie wir.
 Und hat nichts andres mehr im Sinn,
 und floßt sich nicht daneben hin
 wie du. G. S.
 Werde Mitglied in
 der Sozialdemokratischen Partei!

Die Armen sollen den Krieg bezahlen

Deutschland hat den Krieg verloren und nach dem „Rechte“ des Siegers ist ihm von den Ententestaaten die Zahlung der Kriegskosten auferlegt worden. Nach dem von dem Amerikaner Dawes ausgearbeiteten Zahlungsplan. Als Bevollmächtigter der Ententestaaten ist als Reparationsagent der Amerikaner Parker Gilbert in Berlin, ausgestattet mit allen Vollmachten, um die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen überwachen zu können. Mit den Stimmen der Deutschnationalen hat Deutschland den Dawesplan anerkannt. Die Entente hat sich gesichert. Deutschland hat einen Teil seiner Einnahmen verpfändet und der Reparationsagent hat in seiner Denkschrift, die Reichsfinanzminister Brüning bestellte, anerkannt, daß die Aufbringung der nach dem Dawesplan vorgesehenen jährlichen Zahlungen gesichert ist. Aber mit dem Aufkommen der notwendigen Geldsummen ist es allein noch nicht getan. Die Milliarden müssen aus den Reichskassen Deutschlands an die Gläubigerstaaten übertragen (transferiert) werden können, ohne daß die deutsche Währung gefährdet wird, d. h., ohne eine neue Inflation hervorzurufen. Die Sorge für gefahrlosen Transfer ist Sache eines besondern Transferkomitees. Aber die deutsche Regierung und die deutschen Banken sind verpflichtet, die Arbeit des Transferkomitees in jeder Weise zu unterstützen. Hier steht die Kritik des Reparationsagenten ein. Er sieht den Transfer gefährdet, wenn durch Aufnahme von Auslandsanleihen die deutschen Zahlungsverpflichtungen (über die Zahlungsverpflichtungen des Dawesplans hinaus) eine bestimmte Grenze überschreiten; wenn durch Preissteigerungen der deutsche Export sinkt; wenn durch erhöhte Staatsausgaben die Steuerlast immer stärker angezogen werden muß.

So steht im Grunde nichts anderes als die Wirtschaftspolitik der Rechtsregierungen in den letzten Jahren zur Debatte. In dieser Hinsicht stellt aber der Agent für Reparationszahlungen in seinem Schreiben fest, daß die vom Reich und allen öffentlichen Organen ergriffenen Maßnahmen die günstigen Wirkungen der Nationalisierung zunichte gemacht haben. Die Tendenz höherer Preise besteht bereits, und zwar zum Teil als Ergebnis der hohen Zölle. Sie würde eine beträchtliche Steigerung erfahren, wenn wie es jetzt wahrscheinlich scheint, die Vorschläge der Reichsregierung bezüglich der Gehaltserhöhung einmal zu Forderungen nach ähnlichen Erhöhungen im allgemeinen Wirtschaftsleben und schließlich zu erhöhten Eisenbahntarifen usw. führen sollten. Offenbar wohnt allen diesen Entwicklungen die Tendenz inne, die Kosten der Erzeugung zu steigern und so die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, in einen Wettbewerb um möglichst hohen Export einzutreten, zu verringern. Gilbert sieht die Lage durchaus richtig an. Wenn er aber in seiner Analyse des deutschen Wirtschaftslebens und der deutschen Wirtschaftskonjunktur in der Wirtschaft der Gemeinden und der Länder, kurz gesagt, der Wirtschaft der öffentlichen Hand, den Stein des Anstoßes sieht, so kann man dem nicht zustimmen. Die Tendenz der Preissteigerung, auf die Gilbert in seinem Memorandum immer

wieder verweist, hat wesentlich andre Ursachen. Sie wurzelt darin, daß die Wirtschaftspolitik des Reiches in den letzten Jahren durchaus Interessenpolitik gewesen ist. Man hat z. B. den Wünschen der Interessenten bei der Zoll-erhöhung nachgegeben. Man hat es veräumt, der industriellen Zusammenballung, einem bestimmten Teile der Nationalisierung, jene Form zu geben, die eine preislenkende Wirkung der ganzen wirtschaftstechnischen Umstellung bei uns hätte garantieren müssen. (Kartellpreis.) Vor allen Dingen aber hat man die Kapitaleubildung zum Schaden der Belebung unserer Wirtschaft auf Grund einer großzügigen Umwälzung überpannt. Die Folgen sind Gefahren für unsere Wirtschaft.

Reichsfinanzminister Dr. Brüning ist diesem Problem in seinem Antwortschreiben an den Agenten gegangen. Es ist abzuwarten, ob Parker Gilbert sich von den hohleren Darlegungen befriedigt fühlt. Für uns heißt es aber, im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues, den Kampf gegen die falsche Wirtschaftspolitik des Reiches mit verdoppelter Energie weiterzuführen.

Die innere Kriegsschuld haben durch die Inflation die deutschen Sparer, Mittelständler, Angestellten, Beamten und Arbeiter bezahlt. Die Kosten der Nationalisierung der deutschen Industrie haben zum großen Teile durch Arbeitslosigkeit die Arbeiter, Angestellten und Beamten (Abbau!) tragen müssen; Reich, Länder und Gemeinden, d. h. die deutschen Steuerzahler, haben einen weiteren Teil der Nationalisierungskosten in Form der Arbeitslosenunterstützung getragen. Jetzt geht der Kampf darum: wer soll die äußeren Kriegsschulden, wie sie im Dawesplan festgesetzt wurden, bezahlen? Die gleichen Mächte, die durch die Inflation die innere Kriegsschuld auf die Schultern der Schwachen wälzten, sind entschlossen, auch die äußere Kriegsschuld auf die Masse der Weislosen abzuwälzen. Das ist der Sinn der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre. Parker Gilbert ist der Vertreter kapitalistischer Mächte; er und seine Auftraggeber haben natürlich nichts dagegen, wenn es den deutschen Kapitalisten gelingt, aus den breiten Massen des Volkes die Summen des Dawesplanes herauszuquetschen. Aber er sieht, daß die deutschen kapitalistischen Kreise ungeschickte Politik machen, daß sie unbekümmert drauflosregieren und draufloswirtschaften, eigentlich ohne Sinn und Verstand. Er sieht die Verschwendung von Steuermitteln, weil die bürgerlichen Parteien nicht den Mut haben, dem Unfug der Einzelländerewirtschaft ein Ende zu machen; er sieht, wie die Deutschnationalen mit dem Zentrum politische Geschäfte machen: für höhere Zölle wird die Volksschule verkauft. Beide Maßnahmen belasten die deutsche Volkswirtschaft ganz überflüssigerweise. Parker Gilbert sieht, wie die hohe Ankündigung einer Gehaltserhöhung für die Beamten die Neigung zu einer allgemeinen Preissteigerung auslöst. Seine Denkschrift ist eine Warnung. Eine sehr ernste und eindringliche Warnung. Er macht darauf aufmerksam, daß Deutschland sich der Gefahr aussetzt, in den Verdacht zu geraten, daß es sich böswillig seinen Verpflichtungen zu entziehen versucht und damit die Voraussetzungen für eine Revision des Dawesplanes zerstört. Die schlechteste Politik, die

Deutschland machen kann, wäre die eines betrügerischen Bankrotteurs.

Die Masse der deutschen Steuerzahler hat alle Ursache, mißtrauisch der Politik jener Kreise gegenüberzustehen, die uns in Krieg, Niederlage, Inflation und Ruhrbesetzung geführt haben. Deutschland hat den Krieg verloren und muß die Kosten bezahlen. Die Deutschen, die von ihrer Hände Arbeit leben, müssen und können selbst dafür sorgen, daß sich die besitzenden Kreise Deutschlands der Zahlungspflicht nicht entziehen, durch schlechte Wirtschaft die Steuerlasten erhöhen und sie allein auf die Schultern der breiten Massen abwälzen.

Wo ist des Landbundes Vaterland?
 Nationalismus ist selbst schon ein Herrbild, aber ein Herrbild wieder des Nationalismus ist der Kleinländchen-Patriotismus. Vor Jahr und Tag war ich einmal in Hildesheim. Die Stadt war geflaggt: schwarz-weißrot und gelbweiß. Schwarzweißrot: nun ja. Aber was möchte gelbweiß sein? Gelbweiß ist die Farbe der Deutschhannoverschen Partei, die damals ihre 25. Landesversammlung abhielt. Die Deutschhannoversche Partei forderte Sühne des Unrechts von 1866, lehnte den großpreussischen Staatsgedanken als undeutsch ab, schimpfte auf Bismarck, hob alles deutsche Elend: nicht auf die Juden, die Bagdissen, die Freimaurer oder die Raufahrer, sondern: auf die Verschlagung des hannoverschen Landes. Symphonisch donnert aus den geöffneten Wirtschaftsfenstern ihre Hymne, der „Königsgruß“, und wader Scholl ihr Leitsatz: Sie gut deutsch Hannöberland allezeit!

Die Hannoveraner treiben's besonders toll, aber sie stehen wahrlich nicht allein. Eugen Berg hat einen seiner Schmöcke nach Dessau geschickt und der klärt uns nun darüber auf, daß auch im Anhaltischen die Heimatliebe blühe. Es gäbe dort genug Kreise, die gut anhaltinisch empfänden, stolz auf ihre Tradition seien (Gott und die Götter mögen wissen, worum es sich dabei handelt!) und der Geschichte ihres Vändchens große Anhänglichkeit entgegenbrächten. Wir ahnen, daß es gerade die begüterten Leute Anhalts sind, die sich mit einem allgemeinen deutschen Patriotismus nicht begnügen, sondern noch einen speziell anhaltinischen benötigen und daß sie dadurch wieder einmal vorteilhaft von den untern Schichten der Bevölkerung abheben, die bei aller Liebe, die sie für die landschaftlichen Vorzüge ihrer Heimat aufbringen mögen, doch kein staatspolitisches Wesen daraus machen.

Jedoch, die Anhalt-Freunde der Anhalt-Verehrer ist nicht ungetrüb. Der Eugen-Berg-Mann muß es aussprechen, daß gerade die besten Anhalt-Patrioten in den letzten Jahre recht nachdenklich geworden sind. Es hat nämlich etwas auf sich mit dem anhaltinischen Ländel. Um es gerade herauszusagen: Der Sozialdemokrat Reuss regiert in Anhalt und hat es die Grundbesitzer einigermassen fühlen

lassen, daß Besty verpflichtet: mindestens dazu, an-gemessene Grundsteuern zu zahlen.

Nun ist Patriotismus etwas sehr Schönes und wer kein Grundstott ist, vergießt freudig das Blut für seine Heimat und sei es auch nur die kleinste anhaltinische. Aber schließlich darf, nach Meinung des Landbundes, die Begeisterung auch nicht übertrieben werden und nicht gar dazu führen, daß man Steuern für sie zahlt. Unter diesen besondern Umständen haben die anhaltinischen Landbündler eine Pro-ba b f i m m u n g beantragt, eine aus dem Handgelenk heraus, eine unvorbereitete, und siehe da: auf Anhieb haben sich 30 000 ihrer Standesgenossen für die Aufhebung der anhaltinischen Landesgrenzen und für den Anschluß an Preußen erklärt, an das paradiesische Preußen, in dem zwar auch ein Sozialdemokrat regiert, aber nicht so unumhürankt wie in Anhalt und wo die Grundsteuern deshalb geringer sind.

Man muß sich den Gewissenskonflikt der eingeseffenen Bürger plastisch vorstellen. Es brennt die Heimatliebe in ihren Herzen. An den langen Winterabenden sitzen sie um die Tische herum und reden von Anhalts großer Zeit. So war das Jahrhundert. Im Herzen der Großbauern hatte es eine sichere Zufluchtsstätte gefunden, das Anhaltintertum. Aber nun ist das alles wankend geworden. Die eifrigsten Anhaltiner haben den Glauben an ihr Anhalt verloren... und das hat die Grundsteuer getan.

Die Grundsteuer, diese böse Grundsteuer! Heute ver-rät der anhaltinische Landbund um ihre Willen sein geliebtes Anhalt an das weniger geliebte Preußen, morgen würde er das weniger geliebte Preußen um ihre Willen an irgendein feindliches Ausland verraten. Vaterland: kein Mensch ge-dieht ohne es und es ist das höchste Gut — übrigens ist es überall dort zu finden, wo die Grundsteuern niedrig sind. Hans Bauer.

Zehn Jahre Sowjetrußland

Mit großen Feierlichkeiten wurde am Sonntag in Moskau der Tag des zehnjährigen Bestehens der Sowjetrepublik begangen. Die russische Regierung, die russischen kommunistischen Organisationen aller Art und die kommunistische Internationale haben zahlreiche Auf-rufe und Manifeste erlassen, in denen Rußland als erster Arbeiterklassenstaat gefeiert wird. Der Lobgesang auf Rußland und die kommunistische Partei wird begleitet mit hefti-gen Schimpfanreden auf die westeuropäischen Sozialdemokraten, die als eine „Stütze des Kapitalismus“ bezeichnet werden. Die Arbeiterklasse aller Länder wird aufgefordert, sich von den Lehren sozialdemokrati-scher Führer abzumenden und daran zu denken, daß mit dem Kapitalismus auch die Sozialdemokratie sterben müsse, die allein ein siegreiches Vordringen der Arbeiterklasse ver-hindere.

Das Schimpfen auf die Sozialdemokratie ist offensicht-lich bestimmt, die Aufmerksamkeit von der Opposition der Trotzki und Sinowjew abulenken, die ihrerseits den angeblichlichen Herrschern Rußlands den Vorwurf machen, die Arbeiterklasse an den internationalen Kapitalismus zu verkaufen. Die russische Regierung führt den Kampf gegen die kommunistische Opposition mit Hilfe der Staatspolizei (Tscheka) und hat bereits den Leiter einer Druckeret, in der Schriften der Opposition hergestellt wurden, einen alten Kommunisten namens Fischelew, verhaften lassen.

Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 7. November. Die Berliner Kommunisten ver-anstalteten am Sonntag nachmittags des Jahresfestes der bolsche-wistischen Revolution eine Demonstration, in deren Verlauf es an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Zusam-menstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei kam. Dabei wurde ein Hauptmann und mehrere Beamte der Schütz-

polizei zum Teil schwer verletzt. Von den Kommunisten erhielt der Arbeiter Alfred Anders einen Streifschuß in die Brust.

Die Kommunisten, geführt von Roten Frontkämpfern, be-gegneten in der Badstraße einem Trupp von etwa zwanzig sozialdemokratischen Arbeitern, die von ihrem Ver-sammlungsort unterwegs zu dem ihnen für die Werbeweche zu-gewiesenen Bezirk waren und fielen nach kurzem Wortwechsel über sie her. Schuttpolizeibeamte, die sich zwischen die Streitenden warfen, wurden von den Roten Frontkämpfern niedergeschlagen. Ein Beamter zog in Bedrängnis die Pistole und gab auf einen der Angreifer, den Arbeiter Anders, einen Schuß ab, der diesen an der Brust traf. Anders wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Erst ein größeres Polizeieinsatz konnte die Bedröhten be-freien. Auch hierbei kam es noch zu Zusammenstößen. 15 Per-sonen wurden festgenommen.

Drei junge Kommunisten erschießen sich

Berlin, 7. November. Eine Tragödie, deren Mo-tive nach der Berliner Morgenpost auf politischem Gebiet zu suchen sind, spielte sich am Sonntag abend kurz nach 7 Uhr in dem Hause Grünauer Straße 29 in Köpenick ab. In der Woh-nung der Witwe Haag erschossen sich deren Sohn Albert Haag, der 24 Jahre alte Arbeiter Willi Buthe und der 22-jährige Maurer Richard Nießling. Während Buthe sofort tot war, wurden die beiden andern in hoffnungslosem Zustand in das Köpenicker Kreiskrankenhaus gebracht. Albert Haag, der bei der Russischen Handelsdelegation als Kontorist tätig war und eine auskömmliche Stellung bekleidete, war ebenso wie Nieß-ling und Buthe Mitglied der kommunistischen Partei. Gestern, am Tage des 10jährigen Bestehens der Sow-jetrepublik, hatte Haag aus seinem Fenster eine große rote Fahne herausgehängt. Die drei jungen Leute kamen nachmittags gegen 5 Uhr in die Wohnung Haags in ihrer besten Kleidung, so daß die Hausbewohner annahmen, sie wollten ein Langbrennügen bejagen. Sie tranken mit der Familie Kaffee und zogen sich dann in das Nebenzimmer zurück, wo sie unter Lautenbegleitung ihre Lieber sangen, darunter wiederholt das Lied: „Weß, daß wir scheiden müssen.“ Als die Mutter Haags nach einiger Zeit in das Zimmer ging, sagte Albert: „In zehn Minuten werden wir uns erschießen. Sorgt dafür, daß unsre Leichen ge-waschen werden.“ Da Albert Haag, der sich im ganzen Hause wegen seines lebenslustigen Wesens großer Beliebtheit erfreute, nicht selten ber-artige Scherze gemacht hatte, maß die Mutter dieser Äußerung keine Bedeutung bei. Zehn Minuten später fiel ein Schuß.

Die Mutter eilte in das Zimmer, öffnete die Tür ein wenig und sah am Boden ihren Sohn in einer Blutlache befin-nungslos liegen. Gleichzeitig sprang Buthe hinzu und stellte sich gegen die Tür, so daß die Frau keinen Einlaß fand.

Dah hielten zwei weitere Schüsse. Als die Angehö-rigen einzatzen, fanden sie die drei jungen Leute in Blutlachen be-fahrunglos daliegen. Albert Haag hatte sich auf das Sofa ge-klüppelt, bei Buthe stellte der Arzt Dr. Reimann den Tod fest, bei Nießling war der Schuß quer durch die Schläfe gegangen. Neben den Verwundeten lag nur ein Messer, aus dem drei Schüsse abgegeben waren. Die Polizei vermutet, daß die jungen Leute aus dieser Waffe hintereinander auf sich selbst geschossen haben. Die Möglichkeit, daß einer von ihnen alle drei Schüsse zunächst auf seine Freunde, dann auf sich selbst abgegeben hat, wird für unwahrscheinlich gehalten.

Die Angehörigen benachrichtigten die Polizei, die die Leiche Buthes bejageln wollte und die beiden Schwerverletzten in das Spezialkrankenhaus bringen ließ. Dort wurden die Ver-letzungen Haags und Nießlings als so schwer erkannt, daß die Aerzte keine Hoffnung mehr haben.

Das Motiv der Tat konnten die Ermittlungen, die der Leiter der Nordkommission, Kriminalrat Senat, führte, noch nicht klären. Unzweifelhaft steht aber fest, daß die Ursache irgen-

welche Beziehungen zu der politischen Betätigung der drei jungen Leute hat. Alle drei hatten noch gestern an der kom-munistischen Demonstration im Lustgarten teilgenommen. Die politische Polizei ist deshalb ebenfalls von der Missetat in Kenntnis gesetzt worden und hat noch am späten Abend Nachforschung über die politische Betätigung der jungen Leute vorgenommen.

Hausbewohner schilderten die Lebensmühen als Menschen von ungeheurer Fanatismus, deren ganze Arbeit ihrer Partei galt und die, wie man annimmt, irgendeine furcht-bare Enttäuschung in den letzten Tagen erlebt haben müssen.

Berlin, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Die mysteriöse Selbstmordtragödie dreier junger Kommunisten, die sich gestern in Köpenick zurag, hat im Laufe der Nacht ein zweites Todesopfer gefordert. Der 22jährige Maurer Herbert Nieß-ling, der sich als letzter von den dreien die Kugel durch den Kopf gejagt hat, ist im Krankenhaus gestorben.

Bei Albert Haags bestah die Möglichkeit, ihn unter Verlust des Augenlichts am Leben zu erhalten.

Weber die Motive der Tat wird von einigen Freun-den der drei geäußert: Die drei haben dem linken Flügel der kommunistischen Partei angehört und mehrfach ihre Ver-zweiflung darüber geäußert, daß die russische Sowjet-regierung sich von den Prinzipien des Kommunismus immer mehr entferne. Es liegt im Bereich der Wahr-scheinlichkeit, daß sie den 10. Jahrestag der russischen Revolution benutzt haben, um als Demonstration für ihre Ideen in den Tod zu gehen.

Das Erziehungsrecht

Im Bildungsausschuß des Reichstags wurde am Sonnabend über das Erziehungsrecht der Eltern be-ratet. Für die Deutsche Volkspartei gab Frau Dr. Mah die Erklärung ab, daß an dem Charakter der Schulen als Staats-schulen und an dem entscheidenden Rechte des Staates an den Schulen unbedingt festzuhalten sei. Ein Elternrecht an die Schule und eine Einschränkung der Rechte des Lehrers seien durch die Verfassung nicht gegeben.

Dr. Schreiber (Str.) erklärte, das staatspolitische Pro-gramm des Katholizismus erkenne dem Staate das Recht auf die Schule zu. Das Zentrum wolle dieses Recht des Staates nicht isolieren, sondern nur mit dem Rechte der Familie in Verbin-dung bringen.

Bei der Abstimmung wurden alle Abänderungsan-träge der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Absatz 1 des § 1 erhielt dann folgende Fassung: „Alle deut-schen Volksschulen haben die gemeinsame Aufgabe, die schul-pflichtige Jugend durch Unterricht auf der Grundlage des deut-schen Kulturgutes im Geiste des deutschen Volkstums, der Volks- und Völkerverständigung zu körperlicher und geistiger Tüchtigkeit heranzubilden, und sie in Unterstützung und Ergänzung der von den Eltern zu leistenden Erziehung (Art. 120 Reichsverfassung) zu sittlich wertvollen Menschen und zu Staats-bürgern zu erziehen, die fähig und bereit sind, der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen.“

Nächste Sitzung Donnerstag.

Geldstrafen und bedingter Straferlaß

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags behandelte am Sonnabend die Geldstrafen, § 38 des Entwurfs, nach welchem die Höhe der Geldstrafe bei Gewinnsucht des Verur-teilten in das Ermessen des Richters gestellt wird, wurde an-genommen.

Zu § 39 beantragte die sozialdemokratische Frak-tion, daß im Falle der Nichteinreihbarkeit einer Geld-strafe auf eine Ersatzfreiheitsstrafe verzichtet werden könne. Abg. Rosenfeld wies in der Begründung darauf hin, daß es ein Unrecht gegenüber der Arbeiterklasse bedeutete, wenn ein Arbeiter, der seine Geldstrafe nicht bezahlen kann, ins Gefängnis muß, während der Besitzende nur in den Geldbeutel zu greifen braucht.

Ministerialdirektor Bummel teilte mit, daß sich weder das Reichsjustizministerium noch die Gewerkschaften dafür ausge-sprochen hätten, Geldstrafen durch Beschäftigung abarbeiten zu lassen. Die Gewerkschaften befürchteten eine unzulässige Konkurrenz gegen die freie Arbeit, Hebergründung des Achtstundentags und Verdrängung von Sonntagsarbeit.

Abg. Landsberg (Soz.) gab der Hoffnung Ausdruck, die Gewerkschaften zu einer andern Stellungnahme bewegen zu

Zwölfstündend

Wilhelm-Theater.

Es gibt keine Fächer mehr in Deutschland. Aber es gibt noch Leute, die sie sich wünschen, selbst noch in der Reichs-vollkommenheit wünschlich, die die Gewandlung im 19. Jahrhundert hatten. Leute gibt es noch, die zufrieden wären, wenn ein Landes-herr Kommande seiner Untertanen als Kammerherr an fremde Mächte verschickte würde. Sie selbst wären gewiß nicht ganz dabei, diese Gewandlungen, aber sie würden sich kühnlich freuen, wenn zum Beispiel eine fürstliche Belegschaft oder die deutschen Juden dergestalt an die französischen Fremdenlegation verkauft würden. Als Ausgleich könnte man ja vielleicht einen Schuß ver-planzter Rollen oder Holzer ansetzen, die nicht zu machen wegen und die möglichenfalls mit Aufhängen weiterverkauft werden. Reiches gibt es doch genug, und bei Protesten spielt die Ratio-nalität keine Rolle, die sind einfach Material, Holz, und keiner sozialistischen Besinnung würdig, diese vaterländischen Gezeiten!

Ja, Reich mit solcher Denkwürdigkeit gibt es noch in Deutschland. Und deshalb ist ein Stück von dem Franzosen „Zwölfstündend“ auch noch auf eine gewisse Weise aktuell, obwohl es vor 150 Jahren spielt und von romanischen Fürsten handelt, die es heute nicht mehr gibt. Es wirkt nicht unmittelbar auf Zeitgenossen ein, aber es berührt Gewandlungsbegehr, die noch heute in der politischen Aspi-ration liegen, die nur darauf warten, wieder Gegenwart und Ereignis zu werden. Darum soll man dieses Stück spielen. Um letzten Gehör zu bewahren, um zu zeigen, was das und die Bedeutung zu erwecken gegen ein Ereignis, das — obwohl fiktiv — doch vieler Leute Aufmerksamkeit ist und irgendwas auf der weiten Welt auch heute noch Geltung besitzt.

Doch sagen wir etwas von Inhalt des Schauspiel! Ein Kaiser heuchelt Gerechtigkeit bejagtigt an seinem Hof nicht anders eine Mätresse und einen Schatzkammer. Beide kommen „von unten“, aus der Tiefe des Reiches, beide tragen, das zu betonen und im Schluß der fürstlichen Gedenkreise zu glücken. Die Gedenkreise verhandelt aber viel Salozien, die sie erörtern muß. Und das hat für uns den großen, aber doch nicht unerwarteten Nutzen der Volkstümlichkeit. Das Gedicht ist durch die noch Schallendes szenische Sprachfassung leicht gemacht. England führt Krieg gegen die amerikanische Union, die ihre Unabhängigkeit erklärt hat. England braucht Soldaten. Unser Kaiser Fürst braucht Geld. Also hilft man sich gegenseitig. Für 50 Taler von Geld bezahlt der Herzog 12 000 fremder jungen, hübschen Soldaten an die englische Krone. Das sein Land dadurch von Arziden-tischen entlastet wird, das England nach Geld in die Familien gezogen wird, ferner den hohen Herrn nicht weicht. Der Schatzkammer hat zwei Brüder unter den Angehörigen. Die kommen zu ihm und fragen, daß sie ihr Vaterland verlassen müssen. Die beiden Brüder von ihm. Er kann für sie nicht tun. Für die beiden nicht, aber vielleicht für alle. Der König von Preußen ist

es nicht gern, daß deutsche Männer an fremde Mächte verschickert werden; er will die Soldaten lieber für seine Fahnen verwenden. Friedrich von Preußen ist der mächtigste Souverän in Deutschland; er kann verbieten, was er nicht gern sieht. Da die Mätresse des Herzogs, die zur Gräfin von Spangenberg gemachte Uhmachers-töchter Rapp, den ansehnlichen Fideiuss in ihr Vertrauen gezogen hat, kann er über ihr Siegel schießen. Statt — wie von der Gräfin gewünscht — einen Brief an den in Berlin weilenden fran-zösischen Konsul zu schreiben, schickt Fideiuss eine Depesche an den König von Preußen, die ihm die Absichten des Herzogs verrät und Hilfe erbittet. In letzter Stunde, als die ausgemusterten Mannschaften gerade am Fluß verladen werden sollen, erscheint ein preussischer Oberst und verhandelt die Weigerung seines Herrn, die an England verlangten Truppen durch preussisches Gebiet zu lassen. Das ist einem Verbot des Menschenhandels gleichzusetzen. Und da Friedrich die stärkste Armee hat und sich gut nicht genieren würde, im Falle der Aufsehung gegen sein Reich einfach herzog-liche Gebiete in seine weite Range zu ziehen, muß der Fürst zäh-neliegend die Truppen wieder nach Hause schicken und den eng-lischen Bevollmächtigten nach dem Kaiserland gehen („es gibt zwei-hundert Fürsten in Deutschland“) weiterziehen lassen, von wo sie schon ähnliche Angebote auf Menschenlieferung ausgegangen sind. Der Fürst will keine Tat an Fideiuss auslösen und ihn („bei uns gelten noch die alten, guten Gesetze“) aufs Rad schleiden lassen, aber der preussische Oberst zeigt einen Ausweg seines Königs, den Sekretär mit nach Preußen zu bringen. Es handelt sich hier um Dichtung, denn in Wirklichkeit hätte sich Friedrich nach Behauptung seines Reichsstandes einen Dreck um den Vertreter des hübschen Menschenhandels gekümmert und ihn der Range seines Fürsten überlassen, schon weil er — selbst der oberste Herrscher aller Souveräne, nur auch der Hüffe — in dem Reichsstandes des Geheimnisses trotz aller menschenfreund-lichen Reize nur einen Skandalmarkt gesehen hätte. Aber Franz meint es gut mit seinem Gelben Fideiuss; er läßt ihn der Range des Herzogs entgegen, allerdings nicht, um in preussische Dienste zu treten, sondern um aus dem Reich seinen Fürsten gelegenen Deutschland auszuwandern nach Amerika, das gerade seinen Kampf für Menschenrechte ausföcht.

Grund hat das Stück sehr sauber und klar konstruiert. Die Reueföche sind einfach und szenisch, Charakterproblematik gibt es nicht, psychologische Fragen auch nicht. Selbst die Verwickeltheit der Fideiuss, was dem man am Anfang nicht recht weiß, ob er ein Handlungsgehilfe des Fürsten oder ein Freund seines gequälten Volkes ist, erklärt sich aus dem preussischen, individuellen Charakter. Die Wand-lung der Spangenberg vom eiteln, verpöbelten Mätressen zum heiligen Patriarchen des Reiches ist auch in ganz klaren Linien gezeichnet. Der Herzog ist eine einseitige Komposition: roh und bejagtigt, der Kaiser ein glatter Schurke, der Sekretär ein launenhaftes Kitzler, der Fideiuss der Gewinnung nicht ungeschicklicher Engländer, der preussische Oberst der trotze und ungeschickliche Skandal eines mächtigen Herrn. Dabei ist die

Einfachheit der Charakterzeichnung keineswegs primitiv oder un-künstlerlich; jede Figur spricht ihre Sprache, hat ihre Wurzeln in ihrem Milieu und hat keine Verwagommenheiten und kein Versteht. Dadurch ist das Stück auf eine durchaus schätzenswerte Weise ein-leuchtend und populär. Es spricht sich klar aus, verzichtet auf Individualpsychologie und gibt das Typische, also das für Dramatik Wesentliche. Welch eine Entdeckung Franz übrigens von seinem psychologisch viertelstündigen Kammerstück „Die Schwestern und der Fremde“ bis zu diesem einfach konturierten „Zwölfstündend“! Die Sprache sicher und klingend ohne Pathos, geistvoll ohne Geis-treizelei. Der italienische Apparat schlicht und sehr beherrschend. Kurz: ein Volksstück im besten Sinne des Wortes.

Leo Subermann als Regisseur hat die Note des Stückes wohl verstanden. Er stellt die Figuren so klar heraus, wie sie der Dichter gemeint hat: scharf profiliert, ohne spießhühnische Nicht- und Schatteneffekte des Charakters. Den Herzog ließ er von Herbert Rühberg spielen, dem Schauspieler, der Naturverbundenhaftes am besten vertritt. Er erschiebt jenseits aller höfischen Eleganz, aller Serenissimus-Romik und aller aristokratischen Vor-nahmeheit: ein Mensch so roh wie seine Gedanken, so barbarisch wie seine Taten, — ein gekönter Unteroffizier, an dem selbst die Courtoisie noch grab und erzwungen wirkt. Eine Lösung, die als Erklärung für die bornierte Fühlosigkeit und Antikultiviertheit dieses Menschen am einleuchtendsten und vielleicht auch psychologisch am richtigsten ist. Dem eigentlichen Gelben des Piesels: dem Sekretär Fideiuss, mußte man schon etwas Spielraum für psychische Geldehnisse lassen, weil in ihm ein Kampf zwischen beiderer Pflicht und eifrigem Drange, zwischen Gerecht und Empörung vor sich geht. Da war Rolf Rühberg mit seiner Fähigkeit, feinsten Vorgänge zu verhandeln, bestens am Platze. Die Ver-haltenheit seines Heroismus, die Spannung, in der er lebt und die Beherrschung, die er aufbringen muß: all das kam in Be-wegung und Mimik überzeugend zum Ausdruck. Wanda Motte als Gräfin Spangenberg sehr anmutig, bei aller Grande-dame-Geltung doch mit Unterleuten und Hinterlistern des Uhmachers-töchtermens, naiv und doch voll fraulicher Würde in der Ver-brängnis. Hans Albas Minister, Fritz Schmitz englischer Unter-händler ein kluger Diplomat, der auch in der Sprache wohlüber-legt und präzis war. Günter v. Schieren als preussischer Oberst von stolzer Sicherheit und disziplinierter Haltung, mehr Diplomat als Offizier, mehr Persönlichkeit als Preuze. Hans Kettler als älterer Bruder Fideiuss vielleicht doch etwas zu lärmend für einen eingeschüchterten Untertanen. Willi Saemann als jüngerer Bruder recht gut. Ihre Bewegungen jedoch nicht frei genug.

In dem hübschen Bühnenbild gruppierte Subermann seine Spieler sehr geschickt. Mit dem harmonischen Tempo der einzelnen Szenen erklärte man sich gern einverstanden. Das Publikum der Volksbühne war anhängig und zum Schluß sehr dankbar. G. E.

Innen. Der sozialdemokratische Antrag wurde bis zum Straßensprengungsgesetz und § 89 angenommen.

Ministerialdirektor Bunte gab dann einen historischen Überblick über die Entwicklung des Gedankens des bedingten Straferlasses. In Preußen sind vier Fünftel der bedingt erlassenen Strafen völlig erlassen worden. Während im Entwurf bedingter Straferlass nur bei Strafen bis zu 6 Monaten vorgesehen ist, verlangt ein sozialdemokratischer Antrag, dem sich auch Abg. Dr. Kahl anschloß, bedingten Straferlass bei Gefängnis bis zu einem Jahre.

In der Begründung des sozialdemokratischen Antrags unterstrich Abg. Landsberg, daß sich der Gedanke des bedingten Straferlasses als richtig erwiesen hat und daß, er ausgebaut zu werden verdiene. Charakteristisch sei, daß sich vor seiner Einführung von 18 Oberlandesgerichten 12 dagegen ausgesprochen haben.

Die deutschnationalen Abg. Barth und Hanemann wandten sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. — Weiterberatung Donnerstag. —

Fascistengeld in Oesterreich

Der „Vorwärts“ schreibt:

Die eben erschienene Nummer des „Deutschen Volkswirts“ enthält einen Artikel des Herausgebers Dr. Stolper „Alarm aus Oesterreich“, der Beachtung verdient. Enthält doch sein Inhalt Mitteilungen, die Informationen entsprechen, die uns in den letzten Tagen von besonderer Seite zugegangen sind.

Man weiß, daß besonders seit dem unglücklichen Zusammenstoß auf der Ringstraße am 15. Juli eine starke Aufregung der faschistischen Kampfverbände, der sogenannten Heimwehren, stattgefunden hat unter kräftigster Mitwirkung der Christlichsozialen und Großdeutschen, also der Regierungsparteien. Der Leiter der organisatorischen Arbeit ist der steirische Landeshauptmann Kintelen, der durch Bankkandale stark kompromittiert ist. Man mußte sich wundern, woher die Geldmittel und vor allem die Waffen kommen, die einen so raschen Aufbruch in so kurzer Zeit ermöglichten. Nun unterhält Herr Kintelen seit längerer Zeit als Leiter der steirischen Wasserkraft-A.-G. intime Beziehungen zu Italien. Er ist auch vor kurzem in Berlin gewesen, um Verbindungen mit nationalsozialistischen Kreisen zu suchen. Nach unseren Informationen unterliegt es keinem Zweifel: Die faschistischen Organisationen Oesterreichs werden mit italienischem Gelde finanziert und mit italienischen Waffen, genauer mit Mannlichergewehren aus den abgelieferten Beständen der alten österreichischen Armee versorgt.

Der Plan der Faschisten — es ist immer dasselbe — geht dahin, einen Linksputsch zu provozieren und dann selbst Loszuschlagen.

Die Mittwochs Ausgabe der „Münchener Neuesten Nachrichten“ enthält eine Notiz, in der bereits ein „neuer Putsch der Austrofaschisten für Mitte November“ angekündigt wird. Aber an diese dummschickfertige Sensationsmeldung knüpft das Blatt folgende Bemerkung:

Italien ist die Möglichkeit einer sozialistisch-faschistischen Entwicklung in Oesterreich stets ein Dorn im Auge gewesen. Es hat, wie es scheint, seine Versuche, das faschistische System über die Grenze seines Staates hinauszutragen, durchaus nicht aufgegeben. Daher kann es kaum überraschen, daß es die Vorgänge, die sich gegenwärtig in Oesterreich abspielen, nicht nur mit größter Aufmerksamkeit beobachtet, sondern sich auch zur Lösung in seinem Sinne drängt. Hierbei stützt es sich auf jene Preise in Oesterreich, die seit langer Zeit mit dem Faschismus sympathisieren und sagen, daß die jegliche Mithilfe Italiens bei Errichtung einer faschistischen Diktatur in Wien mit dem entgeltlichen Verzicht Oesterreichs auf Südtirol nicht zu teuer erkauft würde.

In der Tat kann an der Verbindung der österreichischen mit den italienischen Faschisten nicht gezweifelt werden; die Führer des österreichischen Faschismus sind fast lauter durch die Aufdeckung der finanziellen Korruption schwer kompromittierte Leute, die auch vor Hochverrat und Verrat an der deutschen Nation nicht zurückschrecken, um die verhasste Sozialdemokratie niederzuschlagen. Auf der andern Seite ist Mussolinis Interesse klar. Es kommt ihm weniger auf den öster-

reichischen Faschismus, als, wie auch Stalper betont, auf die Beherrschung der Steiermark an. Denn damit vollendet er die Einkreisung Jugoslawiens und bringt die einzige Bahnlinie unter seine faktische Kontrolle, die Jugoslawien mit dem Westen verbindet.

Damit ist aber auch klar, welche wichtigsten internationalen Fragen durch die Pläne der österreichischen Rechtsputschisten aufgeworfen werden, welche gefährliche, friedensgefährdende Absichten der italienische Unruhstifter mit seiner Unterstützung der Heimwehrpolitiker verfolgt. Wir haben schon betont, daß es die österreichischen Regierungsparteien sind, die die Heimwehren organisieren, und man muß sich fragen, wie weit denn Herr Seipel selbst diese Bewegung fördert, deren Absichten ihm ja kein Geheimnis sind.

Nun ist die österreichische Sozialdemokratie so stark, der Parteitag hat sich in solcher Geschlossenheit und solcher Besonnenheit gezeigt, daß die hochverräterischen Pläne ihrer Gegner wohl kaum gelingen können. Aber daß hinter diesen die Abenteurer stehen, die Staaten regieren, kann internationale Gefahren heraufbeschwören, denen rechtzeitig zu begegnen auch die Aufgabe der europäischen Regierungen ist.



Dr. G. W. v. Britzsch und Gaffron, Der neue deutsche Botschafter in Washington.

Auch General Gomez erschossen

Am Sonnabend nachmittag wurden in der Nähe von Cordoba im Staate Veracruz in Mexiko die letzten Ueberreste der Rebellen nach einem schmerzlichen Kampfe mit den Regierungstruppen überwältigt.

Die vier anführenden Generale, darunter der ehemalige Präsidentschaftskandidat General Gomez, wurden nach einem kurzen Kriegsgericht wenige Stunden nach ihrer Gefangennahme durch Erschießen hingerichtet.

Wir müssen uns eines Urteils über diese drastischen Maßnahmen der mexikanischen Regierung enthalten; denn die Methoden, nach denen die Arbeiterregierung Calles bekämpft wird, sind so brutal und unsern europäischen so fern, daß wir keinen Maßstab haben, um sie zu beurteilen. So viel scheint uns aber sicher zu sein: wenn Calles und seine Regierung einen andern, gleich wirkungsvollen Ausweg gekannt hätten, würde sie sicherlich schon — abgesehen von rein menschlichen Beweggründen — aus taktischen Gründen darauf verzichtet haben, Märtyrer zu schaffen. —

Franklin Bouillon tritt aus

Der französische Abgeordnete Franklin Bouillon hat am Donnerstag der radikalen Partei die Quittung für seine Niederlage auf dem Parteikonferenz in Paris ausgestellt. Zunächst veranlaßte er die radikale Ortsgruppe seines Wahlkreises Seine-et-Oise zum Austritt aus der Partei, dann legte er seinen Posten als Vorsitzender der Kammergruppe für auswärtige Angelegenheiten nieder.

In einer Erklärung, die er vor dieser Kommission abgab, begründete er seine Demission ausdrücklich mit seiner Desabouierung durch den radikalen Parteitag. Nachdem er sich 25 Jahre in der radikalen Partei geschlagen habe, verlasse er sie heute, weil

Schaffung der Todesstrafe gesehen, ist ein Streifen von nachhaltiger Wirkung. Man muß sich freuen, daß die Filmindustrie sich dieser Aufgabe angenommen hat. Man kann den Streifen, unbeschadet seiner kleinen Mängel in der Handlung, die zwar spannend, doch etwas verflüchtigt ist, empfehlen.

In „Kili“ wird das Schicksal einer „berühmten Frau“ behandelt, Billi Damita ist zweifellos sehr schön, aber — sie ist nicht so qualifiziert, daß uns ihre große Gönge an die Kunst glaubhaft wird. Eine Tänzerin wird geschildert, die sich — mächtig gefeiert vom Publikum — verliebt in einen jungen und natürlich reichen Aristokraten, mit ihm aufs Land geht und ihm zu Liebe aufs Tanzverbot verurteilt. (Aristokraten können bekanntlich nur lieben, wenn die Tanzerei aufhört.) Die Sehnsucht nach der Bühne ist aber größer als die Freude an der jungen Liebe, sie läßt ihren Jüngling, der sich sogar herablassen will, sie zu heiraten, sitzen, und tanzt wieder. — Alles ganz schön und gut, nur überzeugt uns das nette junge Fräulein mit dem runden, herzlich wenig trainierten Gliedern nicht so ganz. Und von der ungeheuren, nie endenden, unmenhlichen Arbeit, von der unglaublichen Fähigkeit und Energie, die nötig sind, um neben der Begabung eine Tänzerin wirklich groß und bedeutend zu machen, von all dem spüren wir nichts. Wirkliche Künstlerinnen, wirkliche Berühmtheiten sind ganz, ganz anders. Und weil sie so ganz anders sind, darum interessiert dieser technisch durchaus beachtenswerte Film nicht sonderlich.

Volksgesangs-Akademie. In Vorbereitung der demnächst erfolgenden Aufführung des Oratoriums „Die Jahreszeiten“ wird Chordirektor Wandel in einem Vortrag am Freitag den 11. November in der Aula der Luisenschule über den Komponisten Haydn und sein Werk sprechen. —

Vom russischen Film. Wie gut es die Russen verstehen, wirtschaftliche Probleme dem Interesse des Volkes nahezuführen und kurzweilig zu machen, beweist folgende Meldung: Die Moskauer Filmgesellschaft „Mezhrapom-Rus“ läßt zurzeit einen Spielfilm „Album“ drehen, in welchem an der Hand einer spannenden Handlung der Kampf des russischen Weizens um die Weltmärkte geschildert wird. Einige Teile dieses Films werden in Neuport und Kanada aufgenommen. Einen ähnlichen Stoff behandelt das Sowjeto in einem seiner neuesten Filme „Das goldene Blies“, wo statt der Siebesverwicklung feinstgeponnere russische Wolle höchster Qualität im Mittelpunkt einer romanhaft erzählten Handlung steht.

Die die Formel der nationalen Einigung, die Frankreich vor der Katastrophe gerettet habe, zurückweise und weil sie ein bedingungsloses Wahlbündnis mit den Sozialisten eingegangen entschlossen sei. Das Geschehe, ohne die geringste Garantie dafür zu verlangen, daß die Sozialdemokraten nach einem eventuellen Vinsieg bei den kommenden Wahlen die Verantwortung in der Regierung übernehme. Ein Zusammengehen mit den Sozialisten sei jedoch zu vermeiden, weil sie für die Räumung des Rheinlandes und den Anschluß Oesterreichs an Deutschland eintreten. Gerade das aber sei die schlimmste Gefahr für Frankreich und das französische Volk, denn es müsse in spätestens 10 Jahren mit einem neuen Kriege rechnen.

Paris, 4. November. Der Austritt des Abgeordneten Franklin Bouillon und seiner engeren Freunde aus der Radikalen Partei wird von der Pariser Presse mit außerordentlicher Ruhe besprochen. Selbst die Rechtspresse wagt nicht zu behaupten, daß durch diese „Spaltung“ die Radikale Partei einen wesentlichen Verlust erlitten hätte.

Die Linkspresse wendet sich einmütig gegen das Gespenst „der deutschen Gefahr“, das Franklin Bouillon immer wieder an die Wand gemalt hat. Gewiß gebe es eine deutsche Gefahr, die die deutschen Nationalisten verkörpern. Ihr Treiben würde aber durch das Verhalten Franklin Bouillons nur begünstigt.

Viel größer sei die italienische Gefahr, die Franklin Bouillon nicht nur übersehe, sondern mit der er sogar sympathisiere.

Als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolgerschaft Franklin Bouillon als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Kammer werden Doucheur und Paul-Boncour genannt. —

Notizen

Beschlagnahme. Heute (Montag) früh ist auf Anordnung des Amtsgerichts die Nummer 18 der Zeitschrift des Nationalverbandes deutscher Offiziere „Deutsche Treue“, wegen Verstoßes gegen das Republikstrafgesetz beschlaggenommen worden. Der Verstoß wird in einem „Exkurs“ überstrichenen Aufsatz erblickt, der sich mit der Staatsumwälzung am 9. November 1918 befaßt und in dem der Weimarer Verfassung die Rechtsgrundlage abgesprochen wird. —

Hindenburg und Ludendorff. Die Gerüchte, daß eine Verfassung des Reichspräsidenten mit General Ludendorff beabsichtigt, sind — wie der „Soz. PresseDienst“ von gut unterrichteter Stelle erfährt — unbegründet. Eine Verfassung — falls sie überhaupt zustande kommen sollte — liegt noch in sehr weiter Ferne. Allerdings bemüht sich seit einiger Zeit ein nicht unbedeutender Heerführer aus dem Weltkrieg, einer der wenigen alten Generale, die mit Ludendorff überhaupt noch Beziehungen unterhalten, die Grundlage für eine Verfassung der beiden Männer zu finden. Man betrachtet aber diese Bemühungen noch wenig aussichtsreich, denn seit der Tannenbergsfeier ist eher eine Verschärfung als eine Milderung der Gegensätze eingetreten. Ludendorff richtet seit einiger Zeit seinen Kampf in seinem Weltblatt persönlich gegen den Reichspräsidenten und führt ihn mit Mitteln, die kaum dazu beitragen, den Reichspräsidenten einer Verfassung geneigt zu machen. Es ist daher dem vermittelnden General auch kein Zweifel darüber gelassen worden, daß man seine Verfassungsaktion als aussichtslos betrachte. —

Die geringschätzte Geste. Zwei Kommunisten wurden vom Stuttgarter Schöffengericht wegen „Verhöhnung einer Religionsgemeinschaft“ zu je 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie sollen das Vergehen durch die Aufführung der Revue „Hände weg von China!“ begangen haben, in der ein Darsteller angeblich mit der Bibel eine geringschätzte Geste zu vollziehen hat. —

Razzien auf ausländische Kommunisten. Bei einer der Streifen, die in Paris allabendlich auf Ausländer und Kommunisten veranstaltet werden, ist der Polizei dieser Tage ein Diebstahl der kommunistischen Internationalen in die Hände gefallen. Der Pariser Polizeipräsident war bereits vor einiger Zeit gemeldet worden, daß der Sekretär der 3. Internationalen für die lateinischen Länder, ein Schweizer namens Drog, sich in Paris aufhalte. Ihre Nachforschungen nach ihm waren jedoch ergebnislos, so daß auch der sofort erlassene Ausweisungsbefehl nicht vollzogen werden konnte. Jetzt erst ist Drog bei einer Razzia in seinem Hotel entdeckt und verhaftet worden. —

Zwischenfall in Mussolinien. Pariser Blätter berichten von einem schweren italienisch-amerikanischen Zwischenfall am Freitag in Venedig. Vier auf der Terrasse eines Hotels sitzende amerikanische Offiziere hatten sich geweigert, sich gleich den andern Gästen zum Gruß einer mit Musik und Feiern vorbereitenden italienischen Truppenabteilung zu erheben. Wenige Minuten darauf erschienen in Lokal mehrere italienische Offiziere in Begleitung von Polizeibeamten, um die amerikanischen Offiziere unter der Besoldigung, daß sie die italienische Fahne beleidigt hätten, zu verhaften. Trotz des Einspruchs des amerikanischen Konsuls in Venedig sind die vier Offiziere bisher nicht aus der Haft entlassen worden, so daß mit diplomatischen Weiterungen gerechnet werden muß. —

Der Herausgeber der „Menschheit“ verhaftet. Angehlich unter dem Verdacht des Landesverrats ist in Wiesbaden der Herausgeber der Zeitschrift „Menschheit“, Röttcher, verhaftet worden. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit der Veröffentlichung in der „Menschheit“ Nr. 30, in welcher am 1. August über neue Pläne der Reichswehr berichtet worden ist. Bekanntlich hat damals das Reichswehrministerium diese Veröffentlichung demontiert, von einer Einleitung eines Landesverratsverfahrens ist aber bisher nichts bekanntgeworden. —

Depechen

Schwarzer Montag an der Berliner Börse

Zu Berlin, 7. November. Im weiteren Verlauf der heutigen Börse gingen die Kurse rückweise zurück. In einzelnen führenden Terminaktien betrugen die Tagesverluste 30 bis 45 Prozent. Bis zum Schluß der Börse traten kaum wieder nennenswerte Erholungen ein. —

Die Antwort ungenügend

Berlin, 7. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Der Schriftwechsel der Reichsregierung mit dem Reparationsagenten bildet nach seiner Veröffentlichung das Tagesgespräch der öffentlichen Meinung in den europäischen Hauptstädten. In Berliner politischen Kreisen hat man das Gefühl, daß die Antwort des Reichsfinanzministers kaum geeignet sein wird, das Mißtrauen zu zerstreuen, das gegen die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands gegenwärtig bei den Gläubigerstaaten zweifellos herrscht.

Manches, was das Silberche Memoandum enthält, hätte sicher durch Aufklärung und eingehende Prüfungnahme ins rechte gebracht werden können.

In London wird nach den hier eingelaufenen Meldungen das Memorandum des Reparationsagenten als eine Anklage gegen die deutsche Finanzpolitik und die deutsche Antwort als eine unbefriedigende Polemik angesehen. Diesen Standpunkt vertritt insbesondere die „Times“, die sich auf den Standpunkt stellt, daß die Folgen der deutschen Finanzpolitik in steigenden Produktionskosten sowie in einem Steigen des gesamten Preis-Niveaus sich ausprägen.

Auch die New Yorker Presse bespricht den Schriftwechsel zwischen der Reichsregierung und Pariser Silber sehr ausführlich und im wesentlichen unfreundlich gegen Deutschland.

Die Pariser Presse äußert sich noch verhältnismäßig ruhig. Die meisten Pariser Blätter erklären, daß die Warnung des Reparationsagenten berechtigt war. —

Filmschau

Die Bahalla-Dichtspiele — obwohl ein Ufa-Theater — bringt ein reines Fag-Programm. In der letzten Zeit hatten wir oft Gelegenheit, die sich ständig bessernde Qualität und den Unternehmungsgeist der Fag-Produktion zu loben. Diesmal handelt es sich allerdings nicht um Streifen, die besondere Ansprüche an künstlerische Feinheit, Gestaltung oder Fortschrittlichkeit stellen, sondern um einfache Spielfilme. „Der Kampf im Kuberturm“ gibt Tom Wig wieder einmal ausgiebig Gelegenheit, seine sportliche Tüchtigkeit, die Dresseleistungen seines Zony und die Verbindlichkeit seines Spieles an den Mann zu bringen. Die Handlung — sie dreht sich um eine Farm, die von intriganten Nachbarn dem Besitzer abgeknöpft werden soll — ist keineswegs originell, aber doch mit einigen neuen Sensationen befeuert, sehr flott entwickelt und durch gute Darstellung auch nicht ohne künstlerische Note. Sehr lustig ist der Anfang des Films, als Tom noch Soldat ist und allerlei Kommissstreicherie betreibt.

Eine Groteske „Löwenputz“ bringt ehrwürdige Dressurtricks und allgemach stereotyp gewordene Komik. Aber hier und da muß man trotzdem herzlich lachen. Ein weiterer Film, „Eine Nacht im Sing-Sing“ heißt er wohl, wurde von uns für eine Groteske affiniert, so daß wir ihm keine besondere Bedeutung zuschreiben und das Kino verließen. Hinterher haben wir aber erfahren, daß er durch die Schicksalschänderung eines unschuldig auf den elektrischen Stuhl geführten Mannes der Aktualität (Carco-Vanzetti!) nicht entbehrt und einen Begriff von der robusten Lust der Neuen Welt gibt. Offenbar ist er also ganz interessant. E.

Im Denlig-Palast wird „Die weiße Skabin“ gezeigt, ein Film, der ein „Ereignis“ sein soll, dem man aber leider nicht nachrühnen kann, daß er es ist. Ein Durchschnittsprodukt ohne jeden besonderen Wert, sowohl im Manuskript wie in der Regie, im Spiel und in der Photographie.

Im Panorama bringt Karlo Albini einen interessanten Sensationsfilm „Der Mann ohne Kopf“. Er spielt darin eine Doppelrolle. Aus verurteilten Dieben und einem Mann, der durch Flugzeugabsturz sein Gedächtnis verlor, ergeben sich die spannensten Verwicklungen, die selbstverständlich alle zum guten Ende führen. Der Spielfilm „Kur eine Tänzerin“ ist viel besser als „Die weiße Skabin“, obwohl er sicher weniger beachtet wurde. Er enthält auch ein köstliches Soziales und wird viel besser gespielt.

Ein Film, der den Kampf gegen die Todesstrafe unterstützen will, wird im Circus gezeigt. „Der elektrische Stuhl“, unter dem Gesichtspunkt der Propaganda für die Ab-

Gewerkschaftsbewegung

Ausreden der Zigarrenfabrikanten

Der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller macht den vergeblichen Versuch, sich in einer einseitigen Darstellung, die er zur Verbreitung an die Presse gab, von jeder Schuld an dem Kampfe reinzuwaschen, den er durch seine Generalausperrung entfesselt hat.

Wie Schlod beruft sich der Reichsverband auf seinen Schein, den im März der deutsche Zigarrenarbeiter durch verbindlich erklärten Schiedspruch auf gegenseitigen Reichstaxi-Vertrag, der „bis zum 31. März 1928 für beide Teile bindend und un kündbar ist“. Die Mieterhöhung für Oktober sei in diesem Schiedspruch bereits mit abgegolten worden. Trotzdem seien Ende September und Anfang Oktober an verschiedenen Stellen des Reiches tarifwidrige Forderungen gestellt worden.

Formal ist das richtig, sachlich aber falsch. Sind denn diese Forderungen etwa deshalb gestellt worden, um gegen den Tarifvertrag zu verstoßen, aus reinem Uebermut? Wollten die Zigarrenarbeiter sich auf Kosten ihrer vielgeplagten Unternehmer bereichern? Falls die leitenden Herren im Reichsverband auch jetzt noch nicht wissen sollten, daß die bittere Not die Zigarrenarbeiter in Leipzig und an andern Orten dazu zwang, einen Ausgleich für die seit April allmählich eingetretene Lebensmittelsteigerung zu suchen, könnten sie sich von den Frauen ihrer Arbeiter darüber belehren lassen.

Die Generalausperrung der 120000 Zigarrenarbeiter hat sich schon jetzt als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Nachher, als der Verband es gewollt, sind die Zigarrenfabriken stillgelegt worden, da die Sortierer und Fertigmacher die letzten Kündigungen mit sofortiger Arbeits-einstellung beantworteten. „Der Kampf hat schon begonnen“, sagt der Reichsverband und äußert seine Verwundung darüber, daß jetzt auch der Zentralverband der christlichen Tabakarbeiter, „dessen Mitglieder bis dahin tariftreu gewesen sind“ — trotzdem aber mit ausgeperrt werden sollten! — für die nach der Ausperrung geforderte Lohnzulage von 15 Prozent eintritt.

Fühlen die Generalausperrung sich jetzt schon in die Abwehr gedrängt? Ist es der Mut der Verzweiflung über das Scheitern ihres groß angelegten Planes, der sie zu dem Schritte kommen läßt: Das Ziel des Abwehrkampfes ist einzig und allein die Aufrechterhaltung des bestehenden Tarifvertrags.

Es mag schon stimmen, daß die Angreifer mit Generalausperrung nimmermehr einen Abwehrkampf führen. Das Ziel des Kampfes aber geht nicht um den Tarifvertrag, sondern um die Lohnzulage von 15 Prozent.

Die Zigarrenarbeiter betreten nicht — wie die Fabrikanten im Reichsverband es sich dachten — um die Aufhebung der Ausperrung; nein, sie kämpfen jetzt um die Lohnzulage und werden sie zu erringen wissen. Die Fabrikanten wollten den Kampf, sie haben ihn!

Vom Kampfe selbst ist noch zu melden, daß die Pfälzer Zigarrenfabrikanten sich auf einer Tagung am Donnerstag gegen die Ausperrung ausgesprochen haben. Sie sind mit ihren Briefschaften im Ausdruck. In Hamburg legten am Sonnabend die vor 8 Tagen gekündigten 8000 Zigarrenarbeiter die Arbeit nieder, da die Unternehmer sich weigerten, die Kündigungen zurückzugeben.

Konflikte der Textilarbeiter

In einer Pressebesprechung im Rathaus zu Warmen, an der auch Vertreter der Regierung und der Polizeipräsident teilnahmen, gaben Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter einen Heberblick über die Streitlage im Gebiet der rechtsrheinischen Textilindustrie. Danach befinden sich die gesamten Württemberger der Gummiindustrie mit etwa 1400 Arbeitern im Ausstand. In Eberfeld streiken in den Webereien 1000 Personen; in den Außenbezirken sind Kündigungen erfolgt, in der Seidenweberei Sülben und in der Seidenweberei Haan. Bei J. B. Wernberg streiken 500 bis 600 Spinner. Durch diesen Streik wird in wenigen Tagen die gesamte Belegschaft von etwa 6000 Mann in Mitleidenschaft gezogen werden. Von der Ausperrung sind insgesamt 55000 Arbeiter betroffen.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses für das bergische Land, Weigeordneter Dr. Wagarb, hat die Parteien zu einer Aussprache gebeten. Wenn diese Aussprache eine Einigung zur Folge hat, kann die für Dienstag vorgesehene Ausperrung noch vermieden werden.

Auch der Lohnkonflikt in der badischen Textilindustrie spielt sich zu. Der Lohnarif ist Ende Oktober abgelauten, und man scheint gegenwärtig weiter als je von dem Abschluß eines neuen Tarifs entfernt. Das Angebot der Unternehmer ist durch-

aus ungenügend und scheint übrigens nur gemacht, um die Verhandlungen zu verschleppen. Die Arbeiterschaft ist nimmermehr entschlossen, dieser Verschleppungspolitik so ober so ein Ende zu bereiten. Bequemen sich die Unternehmer in den nächsten Tagen nicht zu einem annehmbaren Angebot, dann ist mit einem Kampfe in der gesamten badischen Textilindustrie zu rechnen.

Seipel gegen das Beamten-Streikrecht

Der österreichische Bundeskanzler empfing am Sonntag Vertreter der Beamten, um deren Gehaltsforderungen entgegenzunehmen. Seipel erklärte gleich zu Beginn der Besprechung, daß er insbesondere mit Rücksicht auf die „wilde Streikbewegung“ am 15. Juli zunächst eine Aufhebung des Streikrechts der Beamten verlangen müsse, ehe er sich auf irgendwelche materiellen Verhandlungen einlassen könne.

Der Ausschuh der Vereinten Beamtenorganisationen hat dem Bundeskanzler noch am Sonntag schriftlich geantwortet, daß er angesichts der Not der Beamten vorläufig über nichts anders als über eine Erhöhung der Bezüge verhandeln könnte. Gleichzeitig wird vorge schlagen, am Dienstag in eine sachliche Erörterung über die Lohnforderungen einzutreten.

Internationaler Arbeiterschutz

In den letzten Tagen hat sich ein Sachverständigenausschuh des Internationalen Arbeitsamts mit dem Entwurf eines Verichts über die Unfallverhütung befaßt. Dieser Bericht steht auf der nächsten Arbeitskonferenz u. a. ebenfalls zur Erörterung. Die Bedeutung der Frage der Unfallverhütung geht u. a. daraus hervor, daß allein in den Vereinigten Staaten von Amerika jährlich nicht weniger als 25 000 Arbeiter den Tod durch Arbeitsunfälle finden und diese Unfälle 4 Millionen Dollar erfordern. In Frankreich stellt sich die Entschädigungssumme auf 4 Millionen Frank pro Jahr.

Die Sachverständigen haben einmütig der Auffassung des Internationalen Arbeitsamts zugestimmt, daß Gesetze über die Unfallverhütung in allen Staaten für obligatorisch erklärt werden sollen. Als Hauptgründsätze werden für diese Gesetze vorge schlagen: Inspektion der Arbeitslokale und Einrichtungen, Zusammenarbeit der staatlichen Organe mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie mit den Unfallversicherungsgesellschaften und allgemeine Volksaufklärung über die Unfallverhütung. Drei Sonderfragen, die in dem Bericht behandelt werden, betreffen die automatische Kupplung der Eisenbahnwagen, das Maximalgewicht der durch Arbeiter zu tragenden Schiffsgüter (auf Antrag der deutschen Regierung) und der Schutz der Doharbeiter (Antrag der englischen Regierung).

In der Begründung seines Verichts hatte der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, u. a. ausgeführt, daß auf dem Felde der Arbeit ebenso grausam Opfer fallen wie auf dem Schlachtfeld und daß es Menschenpflicht sei, mit aller Energie nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die Zahl dieser Opfer nach Möglichkeit zu verringern.

Aus der Wirtschaft

Konjunkturbarometer. Die Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke H. G. Dornap, die eine Erhöhung ihrer Dividende von 8 auf 8 Prozent meldet, ist eine Tochtergesellschaft des Ruhrtraufs und betreibt eine der wichtigsten Hilfsindustrien für die Eisen- und Stahlherstellung. Der gute Verlauf des Geschäftsjahres bei der Gesellschaft, der die Erhöhung der Dividende ermöglicht, gibt bestimmte Anhaltspunkte für die glänzende Konjunktur in unserer Schwerindustrie. Nach Abzug der Abschreibungen in Höhe von 88 551 Mark ergibt sich ein Reingewinn von 1,747 Millionen Mark gegen 1,247 Millionen Mark im Vorjahr.

Vereinigtes Gaswerk. Unter Mitwirkung der Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H. eine neue Gesellschaft gegründet, die Werke Westfalens G. m. b. H. eine neue Gesellschaft gegründet, die den Namen Vereinigte Gaswerke Westfalen führt. Die neue Gesellschaft verfügt über ein Kapital von 5 Millionen Mark und wird die bisherige Gaswerksabteilung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H. übernehmen. Gegenstand der neuen Gesellschaft ist Erzeugung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von Gas und Wasser.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 2. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts war mit 139,3 gegenüber der Vorwoche (139,4) nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer für Agrarstoffe um 0,2 Prozent auf 135,5 nachgegeben. Die Indexziffer für Kolonialwaren hat um 0,2 Prozent auf 132,8 angezogen. Die

Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren war mit 134,0 fast unverändert, diejeniger der industriellen Fertigerwaren lag mit 154,0 auf der gleichen Höhe wie in der Vorwoche. — Im Monatsdurchschnitt Oktober stellte sich die Gesamtindexziffer auf 139,8 gegenüber 139,7 im Durchschnitt September. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer der Agrarstoffe um 0,9 Prozent auf 137,7 zurückgegangen. Die Indexziffer der Kolonialwaren ist um 0,9 Prozent auf 131,4 gestiegen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren stellte sich fast unverändert auf 134,0, während diejenige der industriellen Fertigerwaren mit 152,9 eine Steigerung um 1,5 Prozent erfahren hat.

Preiserhöhungen in der elektrotechnischen Industrie. Wie gemeldet wird, haben die elektrotechnischen Fabrikationsfirmen auf zahlreichen Gebieten eine Preiserhöhung von 5 Prozent eintreten lassen. Begründet wird die Preissteigerung mit der Erhöhung der Gesehungskosten. Diese Preiserhöhung ist ebenso bebauerlich als unverständlich. Die elektrotechnische Industrie ist die letzte, die über schlechte Beschäftigung klagan kann. Sie ist auch eine der gewinnreichsten Industrien. So ist die Vermutung keineswegs unbegründet, daß die Ankündigung von Preiserhöhungen, seitdem sie ein politisch nicht unwirksames Mittel zur Verstärkung des sozialen Druckes geworden ist, aus andern als den angegebenen Gründen erfolgt ist.

Die sechstausendste Geburt.

Diese Rekordzahl ist soeben von der Hebamme Doktor Barbara Washington Hjnch, Birth Assistant, in Manitowoc, New York, U. S. A., erreicht worden. Keine Universität in den Staaten hat ihr gratuliert, und keine Stadt hat ihr das Ehrenbürgerrecht verliehen. Trotzdem sie vielleicht mehr für die Mitmenschen getan hat als viele der großen „Berühmtheiten“.



„Sie mundern sich, daß ich kein Kapotthütchen trage und daß ich nicht Tag und Nacht mit der ominösen kleinen, braunen Lebertafel herumrenne. Ich habe längst schon meinen Selbstfahrer mit Allwetterverdeck, und mein Instrumentenkoffer ist voll der Größe eines kleinen Kleiderkoffers.“

„Und wissen Sie, mein liebes Fräulein Berichterstatterin, was es bedeutet, sechstausend Kinder auf die Welt zu bringen, die man doch alle ein wenig lieb gewinnt? Und haben Sie überhaupt eine Ahnung, was die Mütter alles von einem wissen wollen? Ob das Kind liegen soll oder sitzen, ob es schreien darf oder schlafen muß?“

Eines aber sage ich jeder Mutter: Geben Sie dem Kind recht bald Kathreiners Malzkaffee und trinken Sie ihn „bitte auch!“ Ich selber bin von Jugend auf an ihn gewöhnt und trinke jeden Morgen meine zwei, drei Tassen; nachmittags wieder, und manchmal auch abends nach dem Essen. Er schmeckt sehr, sehr gut und erhält mich frisch und elastisch. Ja, ich möchte fast sagen, der Kathreiner erhält mir die „gute Laune“, die ich für meine Arbeit wirklich nötig brauche.

Die Gesundheit, meine Beste, ist unser kostbarstes, nie wieder zu ersehendes Gut. Jeder muß sie sich erhalten, und jeder kann sie sich erhalten. Denn 12 Tassen Kathreiners Malzkaffee kosten nur 5 Pfennige. Also bitte!

Der Maurerstudent

Roman von Erdmann Graezer.

(Nachdruck verboten.)

1.

Ein sonnenheller Märztag. Die Straßen, endlich schneefrei, glänzten in Feuchtigkeit, die die Erde auswichte. Gewaltige weiße Wellengebüde gogen eifertig unter dem leuchtenden Blau dahin. Die Gärtner stellten die Kreibhauspracht — Hyazinthen, Tulpen und Mai-glöckchen — vor die Läden. Es war, als hätte der Frühling über Nacht seinen Einzug in Berlin gehalten.

An diesem Tage verließ, ohne sichtlich Grund, der Student Willi Just das Anatomiegebäude, kümmerte sich weder um seine Instrumente oder das Präparat, an dem er gearbeitet hatte, ging weg, ohne jede Erklärung.

Schon einmal, vor etwa einer Woche, war dies geschehen. Eine Stunde später war er wieder an seinem Platz und hatte sich mit seitlichem Eifer in seine Arbeit vertieft. Die teilnehmenden oder verwundernden Fragen seiner Kommilitonen hatte er kurz beantwortet, das Fortgehen damit erklärt, daß er an heftigen Kopfschmerzen litt.

Diesmal aber kehrte er nicht zurück, irrte ziellos durch die Wege des Tiergartens, sah im Frühlingssonnenschein auf einer Bank, erhob sich dann jäh, als habe er einen Entschluß gefaßt, und schlug den Weg nach der Stadt ein.

Aber er war zu nichts entschlossen, wußte selbst nicht, was er wollte. Ahnte nur, daß er nie wieder in die Anatomie oder in die Hörsäle zurückkehren, und daß er sein Studium überhaupt aufgeben werde.

Jene rätselhafte Kraft, die im Herzen lebt und stärker ist als der Wille, trieb ihn zu dieser Handlung. Jetzt schlug er aus einem Sympathiegefäß den Weg zu jenem Wesen ein, zu dem ihn sein Jungensberg immer getrieben hatte, wenn sein Inneres verworren war. Dort sprach er dann aus, was er gar nicht ausprechen wollte, und was ihn nur weitertrieb zu weiteren Handlungen, an die er vorher nie gedacht. Er ahnte nicht, als er auf diese Bahn geriet, daß er nun wiederum zum Vollen der zweier Wadenstiefel werden sollte.

Sein Gesicht vollzog sich in Einsamkeit, obwohl er Verwandte und Eltern besaß und er umgeben war von vielen. Er dachte, fühlte und litt allein, denn niemand wollte die Fickadewege mit ihm mitgeben, die er einschlug, man warnte ihn nur und suchte ihn zurückzuhalten.

Es klingelte an der Wohnungstür. Fräulein Leontine von Brillwitz blieb unbeweglich sitzen und überlegte. Sie blühte

nach der Uhr, es war die elfte Vormittagsstunde, der Briefträger also längst dagewesen. „Die Aufwartefrau? Kommt erst morgen.“

Da klingelte es zum zweiten- und drittenmal — immer heftiger. Fräulein von Brillwitz schloß den blauen Morgenrock bis zum Hals hinauf, schlich in den Korridor und äugte durch das Guckloch.

„Mach doch auf, Tante“, sagte draußen jemand ungeduldig.

„Gott, Willi — Du?“

„Ja doch! Mach auf — eine Katastrophe!“

„Nimmer kommst Du mit einer Katastrophe! Dein ganzes Leben besteht aus Katastrophen!“ sagte sie, als sie geöffnet hatte.

Aus dem Dämmerlicht des Korridors in das kleine Empfangszimmer tretend, sah sie den Messen prüfend an. Eine sympathische Erscheinung — groß, schlank, ein Kadettengesicht unter blondem, geschitteltem Haare. Die blauen Augen leuchteten aber auch vertraulich.

„Du hast einen im Duell erschossen?“

„Aber, Tante!“

„Dann ist es keine Katastrophe, sondern nur wieder ein Unstimm! Also gib Dir keine Mühe — ich hab kein Geld! Aber setz Dich doch!“

„Sie nahm ihm gegenüber Platz. „Willst Du einen Biber? Ich muß jedenfalls einen trinken, mir ist ganz schlecht geworden oor Schreck!“

Sie stellte zwei Gläser auf die gehäkelte Decke und holte aus einer Aktrolle, die wie ein Nähkästchen ausah, eine Flasche. „Wies ein — aber mach keine Fleder...“

„Dein Wohl, Tante!“

„Trink lieber auf Deins — und dann spanne mich nicht auf die Folter.“

„Tante Aine, Du hast mich doch immer am besten verstanden —“ versuchte er zu beginnen.

Sie wehrte ab. „Bist Mittelst hab ich mit Dir gehabt — verstanden habe ich Dich ebensowenig wie die andern — aber was ist denn nun wieder los?“

Und als er schwieg, fragte sie leise und ängstlich: „Gast Du — Spielschulden?“

„Ach, Tante — vorhin Duell und jetzt Spielschulden — lauter noble Passionen! Als wenn ich, wie Du und Mama Klaublut in den Adern hätte. Aber ich bin doch viel zu sehr nach dem Vater.“

„Ein Aristokrat bist Du nicht!“ bestätigte sie.

„Ne — im Gegenteil! Sonst würde ich jetzt nach Amerika gehen und dort Geschäftsmann werden, wie es Deine Aristokraten wenigstens in den höchsten Geschichten immer machen!“

„Was hast Du denn aber für einen Grund — dann sprich doch endlich!“

„Du verheißt mich auch nicht mehr, Tante Aine, kein Bismarck

scheint mich zu verheiraten. Sieh mal, als ich da vorhin im Sezier-saal saß und an den Knochen bastelte, überkam's mich plötzlich. Ekel und Grauen packten mich, ich stand auf und ließ alles im Stich. Ich hatte ja von Anfang an gewußt, daß es einmal so kommen würde — nicht aus Ekel oder Grauen, gewiß nicht, sondern wegen der Sinnlosigkeit.“

Der Mama zuliebe habe ich mich nun zwei Jahre lang dazu gezwungen, aber ich bin kein Mediziner, werde nie ein tüchtiger Arzt werden — will auch nicht — kann nicht — mag nicht! Ich studiere nicht weiter.“

„Was ist es also?“ sagte die Tante kühl. „Die alte Geschichte! Nun hofften wir, Dich endlich im Gleise zu haben, und nun ist es wieder nichts! Und was soll denn nun werden?“

„Ich weiß nicht!“

„Aber — das weißt Du doch, daß kein Geld mehr da ist! Wie alt bist Du jetzt — dreißigswanzig! Und da willst Du wieder alles aufgeben, soll alles umsonst gemein sein? Du bist doch kein Nachfahre, das sich plötzlich eckelt — Du bist doch ein großer, harter Burche, bist Soldat gewesen! Und was soll ich nun tun — warum kommst Du gerade zu mir?“

„Ich bin stets zu Dir gekommen, wenn ich unglücklich war. Beißt Du noch — früher gabst Du mir dann immer eine Sonig-femmel!“

„Ich habe keinen Sonig — .!“

„Ich will auch keinen — wollte Dich nur bitten — mir beizustehen, ein gutes Wort bei der Mama für mich einzulegen.“

Fräulein von Brillwitz lachte schrill auf — ein bitteres Atzungsernlachen. „Bei der Mama! Du weißt doch, was sie auf meine Meinung gibt.“

„Ach — sie tut nur so — sie hält sehr viel von ihrer Schwesler!“

„Aber ich denke nicht daran, mich in diese Geschichte zu mischen! Lieberhaupt, Willi, rate Dir gut — mach keine Dumheiten!“

„Ne — ich versuch mir mein Leben nicht weiter — ich will endlich einmal das tun, wozu ich selbst Lust habe. Bis jetzt mußte ich immer das tun, was andre wollten — die Mama — die Lehrer, der Interoffizier —“

„Alle wollten Dein Bestes!“

„Ja — ja! Wie mir aber dabei zumute war, ist allen gleichgültig gewesen, und darum habe ich bis jetzt ein Doppelleben führen müssen — das hab ich satt!“

„Ein Doppelleben?“

„Nicht so, wie Du denkst! Ich brauchte mich nicht zu verheiraten — ich war nur innerlich ganz anders, als ich Euch erschien —“

„Aber das sind wir doch alle — biste Dir doch bloß nicht ein, eine komplizierte Natur zu sein — ein Knuz bist Du — ein Knuscher, weiter nichts!“ (Fortsetzung folgt.)

Sozialismus als Gegenwart und Verpflichtung

Bezirks-Bildungskonferenz in Magdeburg

In allen Zeiten ist bei den unterbrückten Volksschichten der Glaube an eine bessere, schönere Welt lebendig gewesen. Zunächst war es bunte Sehnsucht; dann formten Religionsstifter aus dieser Sehnsucht eine Theologie; aus Glaube und Wissenschaft wurde organisierte Bewegung. Ein Beispiel ist das Christentum. Und so ist es auch mit der sozialistischen Bewegung gewesen. Die neue Ordnung, der Kapitalismus, riß die Menschen aus handwerklichen und häuerlichen Bindungen, holte den Weber von seinem Webstuhl, den Bauer von seinem Pfluge. Fremd war ihnen die große Werkhalle, fremd war das Wohnen in engen Mietkasernen. Ohne Glaube, ohne Hoffen lebten diese Menschen im Frühkapitalismus dahin. Neben großer materieller Not stellten sich noch moralische und sittliche Nöte ein. Männer aus dem Bürgertum empfanden diese Not. In Wort und Schrift traten sie für Schutz der Arbeiter ein. Durch ihre Kritik wurden bürgerliche Politiker auf diese Not, die das Volk zu vernichten drohte, aufmerksam. Sie fordereten Reformen. Zum Teil beschränkten sie sich nicht nur darauf, Reformvorschläge zu machen, sondern entwarfen Pläne für eine andere Weltordnung, in der die Not keinen Platz haben soll.

Die Arbeiter wurden aufmerksam, sahen einen Lichtstrahl in ihrem Lebensdunkel und fanden wieder einen Glauben. Ein langer beschwerlicher Weg war es, an dessen Ende dann aus Glaube Tat geworden. An seinem Rande stehen viele Kreuze, an bis die Verkünder des Evangeliums von einer arbeiterfreundlichen Welt geschlagen worden sind. Die Tat ist die Arbeiterbewegung. Im Anfang hatte sie sich zu behaupten gegen eine Welt von Feinden. Das war ihr Heldengedanke. Dann kam das Breitenwachstum. Alle Versuche kapitalistischer Regierungen, die rote Flut zu besitzigen, schlugen fehl. Sie ist in Deutschland dem Diktator über den Kopf gestiegen. Nach seinem Untergang nahm die Sozialdemokratie die Geschicke der jungen deutschen Republik in ihre kampferprobten Hände.

Das Breitenwachstum ist nach dem Kriege zugunsten des Klassenwachstums etwas in den Hintergrund getreten. Ein großes geistiges Ringen hat eingesetzt über das Problem: Was ist Sozialismus in der Gegenwart, welche Verpflichtungen legt er seinen Trägern auf? In der sozialistischen Bewegung ist das Endziel nicht aus der Ferne geworden, das den Weg, die Bewegung, zur Höhe beleuchtet. Sozialismus ist nicht mehr nur Glaube an den zukünftigen sozialistischen Staat, Sozialismus ist tätige Mitarbeit an allen Fragen aus Politik, Wirtschaft und Kultur geworden. Zu dieser Mitarbeit sind die Menschen von entscheidender Bedeutung. Es genügt nicht mehr nur, daß ein Sozialdemokrat seinen Beitrag bezahlt, die Arbeiterzeitung liest, zu Versammlungen, Kundgebungen und zu der Märsche geht, ein Sozialdemokrat muß auch im Alltag, bei der Arbeit, in der Familie Zeugnis seiner sozialistischen Weltanschauung ablegen. Eine starke Kulturbewegung ist aus dieser Notwendigkeit entstanden; eine Strömung in der Arbeiterbewegung, die den Sozialismus als Gegenwart und Verpflichtung ansieht.

Das Meistert des Genossen Hendrik de Man auf der Bezirks-Bildungskonferenz der Sozialdemokratischen Partei, die am Sonntag in Magdeburg stattfand, hat diese Notwendigkeit mit aller Schärfe gezeigt. Für manchen Teilnehmer mag der Stoff ein Fremder, wie das Bild, das de Man malte, ein ungewohnter Einbild gewesen sein. Aber die feierliche Stille bei den Ausführungen, der Beifall am Schluß haben bewiesen, daß die Zuhörerhaft von der Notwendigkeit sozialistischer Kulturarbeit überzeugt ist. Die Delegierten werden für ihre Mitarbeit in der Arbeiterbewegung neue Kräfte geschöpft haben.

Sozialismus als Kulturbewegung.

Die gut besuchte Konferenz wurde kurz nach 10 Uhr vom Bildungssekretär, Genossen Crummenert, eröffnet. Ueber 60 Orte sind mit rund 120 Delegierten vertreten. Außerdem sind noch eine große Anzahl interessierter Genossinnen und Genossen als Gäste anwesend. Genosse Crummenert spricht den Wunsch aus, daß die Konferenz ein würdiger Auftakt für die Herbstwoche werde. Dann nimmt Genosse Hendrik de Man das Wort zu seinem Vortrag über „Sozialismus als Kulturbewegung“. Er führte ungefähr aus:

In der reichen sozialistischen Literatur über dieses Thema wird die Kernfrage: Was ist sozialistische Kultur? nur spärlich behandelt. Im allgemeinen fällt eine Umschreibung des Begriffs sehr unbedenklich aus. Das liegt vor allem daran, daß der Begriff Kultur überhaupt schwer zu definieren ist, genau so schwer wie der Begriff Sozialismus. Was sozialistische Bewegung ist, weiß man sehr wohl, aber

was Sozialismus als Zukunft bedeutet,

ist schwer zu beschreiben, schwer in eine Formel zu bringen. Versuche sind in bogen, allgemeinen Vorstellungen festgehalten. In Bismarcküberlogische Maßstäbe anzulegen, ist kaum möglich. Es handelt sich hier viel zu sehr um irrationale Dinge. Alle Versuche können nur darauf hinauslaufen, uns dem Wilde zu nähern.

Ein Fehler ist es, sich sozialistische Kultur nur als einen Aufwand vorzustellen. Das ist ebenso willkürlich wie die Vorstellung vom Sozialismus als einmaligem Zukunftsstaat. Wenn wir die in der sozialistischen Idee stehenden Kulturwerte erkennen wollen, müssen wir das betrachten, was ist. Die geläufige Anschauung ist, daß an einem Tage der Kapitalismus stirbt und dann der Sozialismus da ist. Wenn der Sozialismus da ist, gibt es aber keinen Sozialisten mehr. Der Sozialismus ist nichts Zukünftiges, sondern er ist Bewegung, die einen neuen Zustand erstrebt. Ziel und Bewegung müssen zusammenwirken. Wollen wir über das Ziel Klarheit gewinnen, dürfen wir nicht über die Zukunft spekulieren, sondern müssen die Gegenwart analysieren. Sozialismus ist nicht die Kultur eines Zukunftsstaates, sondern die Kultur des sozialistischen Menschen.

Die starke Denkweise: auf der einen Seite Kapitalismus mit bürgerlicher Kultur und auf der anderen Seite sozialistischer Zukunftsstaat mit sozialistischer Kultur, verschließt uns die Möglichkeit, die Gegenwart zu begreifen. Bürgerliche Kultur ist es, gegen was wir ankämpfen. Bürgerlich sind aber auch Rembrandt und Goethe, ebenso wie die gute Stube. Kultur ist nicht Fertigkeit. Es sind Dinge, die sich ständig mit Raum und Zeit verändern. Kulturveränderung darf nicht zu stark verknüpft werden mit der Dialektik des Klassenkampfes. Wohl

bestehen enge Zusammenhänge zwischen kultureller und sozialer Entwicklung. In der Kultur gibt es jedoch nicht die starke Scheidung wie in Wirtschaft und Politik. Die Wurzel aller Kultur ist der Glaube an ethische Werte. Bürgerliche oder besser gesagt kapitalistische Kultur ist der Glaube an dem Kapitalismus innewohnende sittliche Werte. Durch Umkehrung der sittlichen Werte kapitalistischer Kultur finden wir die Richtung sozialistischer Kultur. Kapitalistische Kultur setzt das Erwerbsmotiv dem Dienstmotiv voran, kapitalistische Kultur schiebt eine Arbeitsentwertung in sich; sie ordnet die Lebenswerte über die Sachwerte; sie ordnet die Menschen nicht nach dem Können ein, sondern nach dem Besitz; der Kapitalismus zerstört das gesellschaftliche Leben.

Die kapitalistische Kultur konjugiert das Wort Haben; die sozialistische Kultur das Wort Sein. Die schärfsten Kritiker der Bourgeoisie sind aus dem Bürgertum gekommen (Karl Marx). Das Spiegebild ist Besitz und Sicherung der Existenz, beides zum Zwecke des Müßiggangs.

Die sozialistische Literatur beschäftigt sich viel zu sehr nur mit dem Menschen, wo er nicht arbeitet. Die Hauptfragen der Lebensgestaltung liegen aber in der Arbeitsgestaltung. Wir müssen eine Arbeit bejahen, die noch Zeit zu kultureller Betätigung läßt. Diese Arbeitsbejahung wurzelt in dem Wunsch:

Bereinigung von Kunst und Arbeit.

Arbeit soll nicht ohne Freude sein; keine Kunst soll ohne Arbeit sein. Sozialistische Kunst darf nicht Kunstgewerbe, sondern muß Gemeinwerk sein.

Sozialistische Lebensbejahung fordert, daß alle Sachwerte den Menschen dienlich gemacht werden. Wenn

Sozialdemokratische Partei Magdeburg

Am Mittwoch den 9. November 1927
abends 8 Uhr

Revolutionsfeier

im Konzerthaus, unter Mitwirkung der Männerchöre des Unterbezirks Magdeburg (Dirigent: Herr Neuling) und des Magdeburger Konzertorchesters (Leitung: Herr Musikmeister Otto)

Programm

1. Vorspiel zu „Hänsel und Gretel“ . . . Sunperbind
2. Overtüre „Ruh Blas“ . . . Mendelssohn
3. Empor zum Licht (Männerchor) . . . Uthmann
4. Festrède: Landtagsabgeordneter G. Wittmaad
5. a) Du fernes Land (Männerchor) . . . Uthmann
b) Margluff (Männerchor) . . . Angerer
6. Ballett-Musik aus „Rojamunde“
7. Große Fantasia aus „Bajazzo“ . . . Leoncavallo
8. Arbeiter-Marschlied, Massengesang.

Die Feier beginnt Punkt 8 Uhr / Programm 50 Pf.

in einem brennenden Haus ein Mann die Wahl hat, ein unbekanntes Kind oder ein wertvolles Gemälde zu retten, dann muß er das Kind aus Ehrfurcht vor dem Leben, vor dem Zukunftsmöglichkeiten in ihm retten. Die Zukunft zu wählen mit all ihrem Risiko, aber auch mit all ihren Möglichkeiten: das ist sozialistische Lebensauffassung. Hier begegnen sich tiefste sozialistische und tiefste demokratische Lebensauffassung. Die Achtung vor dem Leben, sie voran- und obenanzustellen vor allen Sachwerten, ist sozialistisch. Im Respekt vor dem Leben liegen auch die Verbindungen zwischen echem, unverbundenem Pazifismus und Sozialismus.

Eine gesellschaftliche Rangordnung muß es auch im Sozialismus. Sie ist aber nicht aufgebaut auf dem Besitz, sondern auf dem Können.

Das Großstadtleben hat für die Arbeiter durch die Zerstörung von Naturwerten eine Entwürdigung gebracht. Der Drang zur Wiederentdeckung der Natur bei den sozialistischen Arbeitern ist ein wichtiges Stück in der sozialistischen Kultur. Fragen der Wohnungs- und Siedlungspolitik fallen in dieses Gebiet.

Ein scharfer Gegensatz zwischen sozialistischer und kapitalistischer Kultur ist, daß Kapitalismus auf Egoismus beruht, Sozialismus aber auf Gemeinschaft. Aus der Tatsache bloßen Zusammenstehens proletarischer Massen darf noch nicht gefolgert werden, daß das eine Gemeinschaft sei. Das wertvollste an bürgerlicher Kultur ist der Wert der Persönlichkeit; nicht wie bei Nietzsche, sondern wie bei Goethe. In der sozialistischen Kultur wird oft verwechselt: das Proletariat als Ausdruck eines Massenstrebens und das Gemeinschaftswollen. Kultur in Richtung auf das Massenhafte ist eine gefährliche Erscheinung. Sie ist uns aufgezungen durch

die Massenhaftigkeit kapitalistischer Arbeit.

Ihre praktischen Auswirkungen sind Verflachung, Verdumpfung, Kibellierung. Eine sozialistische Gemeinschaft ist nicht abhängig von der Zahl, die zu dieser Gemeinschaft gehört. Die Menge macht nicht sozialistische Kultur aus. Wenn man dem Begriff sozialistischer Kultur näherkommen will, muß man davon ausgehen, daß alle Kultur sittliche Grundlagen hat. Es kann keine sozialistische Kulturbewegung geben, die nicht als Grundlage eine sozialistische Ethik hat. Kulturarbeit darf in der Arbeiterbewegung nicht Nebensache sein. In Partei und Gewerkschaften muß sie bei allen Handlungen im Vordergrund stehen. Jubel Massenbewegung hat vom Werte der Persönlichkeit zu sehr abgelenkt. Im Sozialismus ist aber persönliche Verantwortung für die letzten Entscheidungen im Kampf eine Notwendigkeit.

In der Diskussion wird mancherlei Kritik an den Ausführungen geübt. Beispiele aus dem praktischen Leben der Arbeiterbewegung illustrieren die Ausführungen. In jenem Schlußwort unterzeichnet Genosse de Man noch einmal deutlich proletarische Kultur als Massenströmung und sozialistische Kultur als die Kultur einer Gemeinschaft. Eine Arbeiterkultur ist möglich, wenn an einem andern Beispiel durch neue Methoden von Staats wegen eine Kultur gepflegt wird, so wie es in Sowjetrußland geschieht. Diese Kulturpflege ist aber für Europa unmöglich.

Genosse Crummenert schloß in kurzen Ausführungen die Gedanken aus Vortrag, Diskussion und Schlußwort zusammen. Dann wurde eine kleine Mittagspause gemacht.

Sozialdemokratische Bildungsarbeit.

Um 13.45 Uhr erklärt der Bezirksbildungssekretär Genosse Crummenert die eigentliche Konferenz der Bildungsausschüsse für eröffnet. Er weist noch einmal auf die starke Vertreterschaft hin und erinnert daran, daß auf der vorigen Konferenz nur 35 Delegierte gezählt werden konnten. Der Parteibeziehungssekretär Genosse Fiel führt in einer kurzen Begrüßungsansprache aus, daß an den Bezirksvorstand

viele Wünsche auf Ausbau der Bildungsarbeit,

und besonders auf Ausbau der Jugendarbeit gerichtet worden sind. Was im vergangenen und in diesem Jahre geleistet worden ist, beweist, daß der Bezirksvorstand diesen Aufgaben stets das lebhafteste Interesse gewidmet und auch Mittel nicht gescheut hat. Im nächsten Tätigkeitsbericht wird das durch Zahlenangaben bewiesen werden. Auch in Zukunft gedenkt die Partei alles, was möglich ist, für die Bildungsarbeit zu tun.

Nun spricht der Sekretär des Reichsbildungsausschusses Genosse Weimann (Berlin). Hendrik de Man hat schon davon überzeugt, daß es nicht allein die materiellen Bedürfnisse, sondern vielmehr auch die kulturellen zu befriedigen gilt. Das bürgerliche Bildungsprivileg ist noch nicht überwunden. Unsere Bildungsarbeit ist Selbsthilfe des Proletariats. Sie ist heute noch notwendiger als vor dem Kriege, denn wir sind dem Ziele schon bedeutend näher. Nur durch Wissen können wir uns durchsetzen und alle Gebiete mit unserm Geiste durchdringen. Wir dürfen nicht nur den politischen und gewerkschaftlichen, wir

müssen den ganzen Menschen bei uns haben.

Ohne eine der bestehenden vielen Spezialorganisationen in ihren besondern Aufgaben zu beschränken, ist die bewusste Einordnung aller Kräfte der Arbeiterbewegung in den Gesamtorganismus notwendig. Der sozialistische Kulturbund hat im letzten Jahre erfreuliche Arbeit geleistet, hat auch Erfolge erzielt gegen die andringende Kulturreaktion. Jedes Kulturartefil bezweckt im kleinen Kreise das gleiche wie der Kulturbund. Auch die Kulturartefile haben schon Beachtliches geleistet. Kulturwochen sind durchgeführt worden und haben der Öffentlichkeit gezeigt, daß wir eine Kulturpartei sind. In einem Orte hat ein Kulturartefil eine Ausstellung veranstaltet, die ein Querschnitt durch unsere gesamte Kulturarbeit war. Die Besuchszeit mußte verlängert werden. Vor allem aber kommt es auf die gemeinsame Durchführung der Veranstaltungen an.

Bei aller Bildungsarbeit dürfen wir niemals vergessen, daß wir mit ihr

die Stärkung des sozialistischen Lebensgefühls

erreichen wollen. Wir müssen uns auf diesen Zweck hin konzentrieren. Voran geht die Schulung der Funktionäre. Der Wert von Ferienkursen liegt auch in dem Gemeinschaftsleben, das sie ermöglichen. Solche Kurse sind im Unterbau für eine neue Parteischule, die natürlich anders sein muß als die der Vorkriegszeit. Nur das Wissen, das wir brauchen, ist die Arbeit. Von einer Ueberhöhung formaler Wissenschaft gilt es sich loszulösen. Die große Masse der Frauen werden wir nur gewinnen können, wenn wir uns auch an das Gefühl wenden. Unser Fest ist die große Aufgabe. Frühlingsfeiern, Jugendtreffen und Revolutionsgedenktage können wirkliches Erleben schaffen. Ein wichtiges Element dieser Feiern ist auch das Kartenpiel.

Im weiteren Verlauf seiner Rede schildert Genosse Weimann das Winterprogramm des Reichsbildungsausschusses. Mit verschiedenen Künstlern und Künstlergruppen sind Verträge geschlossen worden. Die Aufführung von Revuen mit sozialistischer Tendenz zur Vertiefung der Agitation soll erprobt werden. Die Durchführung von Filmen, von denen schon eine ganze Anzahl zur Verfügung stehen, dient nicht zuletzt auch dem Waffekampf. Die proletarische Wochenchau soll und kann in alle Lichtspieltheater mit Arbeiterpublikum eingeführt werden. Der Redner empfiehlt noch die Schrift „Sozialismus und Kultur“ zur Lektüre und schließt mit der Anerkennung für den Bezirk Magdeburg. Anhalt, daß er auch im Hinblick auf die Bildungsarbeit

in der ersten Reihe der Parteibezirke steht

und mit der Hoffnung, daß die Verbindung mit dem Reichsbildungsausschuss eine enge bleibt.

Ueber die Bildungsarbeit im Bezirk berichtet nun der Genosse Crummenert. Im „Kampf“ läßt Goethe dem Mephisto sprechen, daß wir etwas besser leben würden, wenn wir nicht einen Teil des Himmellichts, wenn wir nicht eine Vernunft besäßen, die alles wissen und werten will. In unserer Bildungsarbeit machen uns solche vernünftigen Wesen oft zu schaffen, denn hier haben wir sie ebenso als Subjekte wie als Objekte vor uns. Unsere Bildungsarbeit muß Zweckbildungsarbeit sein; sie hängt aufs engste mit unserer politischen Arbeit zusammen. Die Sozialdemokratische Partei ist die Arbeiterpartei. Sie hat nicht nur die destruktive Aufgabe, alte Institutionen abzutragen, sondern will neues Leben gestalten. Auf gesellschaftliche Zusammenleben ist unsere ganze Arbeit gerichtet. Es hat deshalb keine Bedeutung für die Partei, ob der einzelne Genosse Arbeit, Qualität oder anders ist. Als Parteigenossen überlassen wir den Himmel den Engeln und den Spaten. Die Partei von 1927 ist, was mit freudiger Zustimmung festgestellt werden muß, nicht mehr die von 1914. Wir können und wollen heute den Staat erobern, das Maß unserer Macht ausnutzen. Dazu brauchen wir

Menschen mit großen geistigen und moralischen Fähigkeiten.

Unser Vortragsverzeichnis haben im vergangenen Jahre 20 Ortsvereine rege benutzt. Es sind 70 Vorträge mit 4000 Teilnehmern zu verzeichnen. Das ist ein kleiner Niedgang, aber nur wegen der Kosten. Die Entschädigung für die Reden ist nicht zu hoch. Bei gutem Willen ist es möglich, die Mittel aufzubringen. Es können sich ja zwei Ortsvereine zusammenschließen. Soweit es möglich ist, werden kleine Ortsvereine auf Antrag einen Zuschuß erhalten. Diese Unterstützung kann nur in kleinem Umfang erfolgen, denn die Partei hat die Mittel zum Waffekampf aufzubringen. Es wird ein neues Vortragsverzeichnis herausgegeben werden. Sieben Lichtbild-Apparate stehen in verschiedenen Städten des Bezirks zur Verfügung. Unsere beiden Ferienkurse lieferten den Teilnehmern Wissen für den täglichen Kampf. Da die Ferienzeit der Arbeiter so knapp bemessen ist, können solche Kurse höchstens eine Woche dauern. Schon das bedeutet für jeden einzelnen auch finanzielle Opfer. Zur Heimvolkshochschule in Litzke konnten eine Genossin und zwei Genossen, zur Akademie der Arbeit konnte ein Genosse geschickt werden.

Die Volkswochenchau muß in alle Lichtspieltheater. Die Filme „Freies Volk“ und „Die Schmiebe“ sind oftmals vorgeführt worden. Demnächst werden in Orten des Bezirks die Genossen Raphaeli, Ade und Sollaun und wird in Magdeburg der Genosse Sebering sprechen. Auch die Magdeburger Parteischule wird der Funktionärschulung dienen. Bis jetzt bestehen erst neun Kulturartefile im Bezirk. Die Vereinsmeierei muß endlich überall aufhören.

Wertvolle Kulturarbeit leistet die Jugendbewegung.

Nicht nur in Magdeburg, Halberstadt, Heddingen usw., sondern auch in den übrigen großen Orten können Kulturtage veranstaltet werden. Bildungsausschüsse müssen in allen Parteibereinen gewählt werden, denn die Vorstände sind überlastet. Es genügt zwei bis drei Genossen, die ernsthaft etwas tun wollen. Genosse Trummerl gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die nächste Konferenz mindestens 200 Vertreter vereinen wird.

An der A u s s p r a c h e beteiligten sich die Genossen Wagner (Berth), Schütt (Salzweil), Bahl (Wernburg), König (Neundorf), Herzl und Weimann und die Genossinnen Biele (Harle) und Arning. Es wurden vor allem die Gelbnäse geschilbert. Nach kurzer Beantwortung einiger Fragen schloß Genosse Trummerl die Konferenz mit dem Aufruf zu gründlicher Arbeit im Rahmen der Partei. Obgleich die Teilnehmer viele Stunden geistig gearbeitet hatten, war keiner ermüdet. Das ist auch auf die Auswärts des Raumes zurückzuführen, auf die reine Luft in der Aula der Luisenschule, in der ja nicht geraucht werden durfte. Auch für andre als Bildungskonferenzen gilt, daß Verstärkung von Nebel ist. Eine solche Feststellung ist keine Meinungsäußerung zur Abstimmungsfrage.

Eine soziale Revue

„Die Komödianten“, ein Magdeburger Gastspiel-Ensemble, das unter der Leitung Alfred Jacobis steht, hatte die Teilnehmer der Bezirks-Bildungskonferenz eingeladen zu einer Probeaufführung der sozialen Revue „So ist das Leben!“ Eine Revue für das werktätige Volk soll es sein, der Programmzettel sagt es. Er gibt damit die Tendenz der Bühnenbilder an und zieht der Kritik gewisse Grenzen.

Eine Revue hat das Recht, scharfe Gegensätze auf die Bühne zu bringen. Sie braucht sich mit feilscher und geistiger Nuancierung nicht besonders abzugeben, braucht auch die künstlerische Kultur der Sprache und der Geste nicht zu überbetonen, kann es sich leicht machen in der Charaktergestaltung ihrer Figuren. Sie ist ja eigentlich dargestellte Zeitung, berichtet über politische und soziale Ereignisse und Zustände in der Form und der Art der Zeitung. Wer ästhetische Bedürfnisse hat, wird in der Revue nicht immer auf seine Rechnung kommen.

Die Revue mit sozialer Tendenz wird getragen von einem ethischen Gedanken. Das rein künstlerische kommt in zweiter Linie. Sie will Propaganda treiben, Anklage erheben, die Verdrieten anfeuern. Die Schaubühne wird zur Rednertribüne, die Volkserfassungsstunde wird zum Zwiegespräch, wird zur Handlung, zum Drama. Diese Propaganda in der Form des Bühnenspiels ist immer getrieben worden von unterdrückten, um ihre Freiheit kämpfenden Klassen. Als die deutsche Arbeiterbewegung entstand, suchte die sozialistische Arbeiterbewegung auch sehr bald sich selbst und ihre Ziele auf der Bühne darzustellen. Die sozialistischen Bühnenstücke von Jean Baptiste Schweitzer, die vor etwa 40 und 50 Jahren gespielt wurden, waren in ihrer Tendenz und ihrer Form offenbar so eindeutig und derb, daß sich heute auch Arbeiter mit gelindem Grausen von dieser „Bühnenkunst“ abwenden würden. Und die Spiele, die nach dem Falle des Sozialistengesetzes aufstamen, haben schon damals vor dem Publikum keine Gnade gefunden und würden heute auch von sozialistischen Arbeitern, die schon ganz andre Ansprüche stellen — sie haben Bücher gelesen, Theater gesehen, es hat sich in ihren Kreisen ein geistiges Leben gebildet — abgelehnt. Aber die Spiele begeisterten doch einmal die Arbeiter, zeichneten in derber Holzschneitmanier den sozialen Jammer einer Zeit, riefen die Proleten zum großen Kampf auf. Sie waren viel weniger eine künstlerische, als eine soziale, und — im weiten Sinne — eine Parteiangelegenheit.

In der Nachkriegszeit entstand in Rußland die Organisation der „Männer Mäuser“, die von der Bühne politische Propaganda treiben, in Deutschland entstanden Arbeitergesellschaften, die den gleichen Dienst leisten wollten. Man verlangt von ihnen Einwirkung, Wirkung, doch keine Kunst im Sinne des Theaters. Aber ein wird gefordert: Was sie darstellen und sprechen, muß in unse Zeit passen, muß die Zustände wirklich treffen, muß logisch und sinnvoll sein.

Ist nun die Revue „So ist das Leben“ ein Bühnenstück im Sinne dieser Propagandaspiele? Sie will offenbar soziale Gedanken propagieren, ist Kritik und wird getragen von einem ethischen Gedanken. Das ist ihr Vorzug. Eine andre Frage ist, ob die Revue die rechte Form gefunden hat. Das Ensemble hat fünf Mitglieder, fünf Einakter in der Art der früheren Tendenzstücke. Man kann sich eine Revue noch anders denken. Das erste Bild „Die Herren Schlotterbein“ kommt dem Denken der heutigen Arbeiter nicht nahe. Es ist aus Unmöglichkeit zusammengebastelt. Aus den andern Bildern wird ja mancher Arbeiter, mancher jugendliche Dinge herausgehört, die ihn nachdenklich stimmen. Aber das magt noch nicht das Spiel aus. Auch die Revue muß, trotz aller Freiheit, die wir ihr angesehen, eben doch eine künstlerisch gebildete Form haben, muß erschüttern, darf nicht nur durch harte Gerüche und brutale Herabwürdigungen erschrecken, muß mit einer gewissen Logik im Denken und einer gefühlswürdigen Folgerichtigkeit rechnen. Kampf wird das Gegenteil des Schreckens erreicht. Diese beiden Forderungen, die wir an die Revue stellen, sind nicht erfüllt worden.

Die Spieler, die aufstuden, mühen andre Stücke haben. Sie haben durch manche gute Einzelleistung verdient. Lobend hervorzuheben werden müssen die Damen, die in der Art wirklich gelächelt und das Spiel über die Unmöglichkeit hinausgehoben. Der Arbeiter Krause in dem Bilde „Wenn das so weitergeht...“ war eine besondere Leistung, die Anerkennung verdient.

Im ganzen genommen: Die Idee, in einer sozialen Revue den Menschen die heutige Welt zu zeigen, ist gut. Der ernstliche und ehrliche Wille, den Gedanken in wirkungsvoller Form anzuführen, ist vorhanden. Wenn die Sache aber der sozialistischen Arbeiterbewegung zeigen soll, die Vergleiche anstellen in der Lage sind und sehr kritisch zuhören, dann muß sich in der Form noch vieles ändern.

Magdeburger Angelegenheiten

Eine Gedesfeier im Justizpalast

Zu einer schlichten Gedesfeier für einen Toten hatten sich am Sonntag vormittag in der großen Halle des Justizpalastes zahlreiche Besuche der Magdeburger Justizverwaltung versammelt. In einer der gemächlichen Säle in der ersten Etage an der Galberstraße wurde eine einfache Gedesfeier für den im Dienst erkrankten Justizwachmeister Hermann angeordnet worden, deren Einleitung und feierliche Übergabe an die Justizverwaltung vorgenommen werden sollte.

Der Justizwachmeister Hermann verstarb am 5. November 1924 im Gerichten seiner Dienst. Er hatte noch Verlobung mit der Tochter eines ehemaligen Schiffschiffers, dessen Lebensjahre in die Strafkolonie hineingezogen. Der Verlobungstag ist noch nicht über, doch der Justizwachmeister nicht mehr und es mußte nach dem Schicksal. Am Samstag verließ er auch noch den kranken Patienten Hermann. Während dieser tragischen Verlobungen mit dem Leben verbunden, wurde der Justizwachmeister Hermann ein Opfer seines Berufs. Er blieb bei auf dem Höhe der Arbeit.

Seine engsten Verwandten aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Ansbach nahmen den Leich die feierliche, würdevoll und Ehrfurcht von Professor Hübner angeordnete Gedesfeier, die von dem Richter des Bezirksgerichts der Justizwachmeister, Hubert, am Sonntag einleitete wurde. Der Hauptredner des Justizwachmeisterverbandes, Schmidt (Berlin), gebrauchte in beweglichen Worten des Lobes und besatz, wie gewöhnlich und Höflichkeit der Dienst seiner Berufung sei, die für die Ordnung in den

Justizgebäuden zu sorgen haben und dabei oft genug ihr Leben in die Schlingen schlagen müssen. Er übergab die Tafel dem Schiffe der Justizverwaltung, für die sie Landgerichtspräsident Mager mit anerkennenden Worten für den Toten und für den Stand der Justizwachmeister übernahm. Ein Musikchor, dargeboten von Kollegen des Verstorbenen, hatte die Feier eröffnet. Die Klänge von „Ich hatt' einen Kameraden“ schloffen sie.

Diese schlichte Feier wird die Kollegen des Verstorbenen, macht aber auch die Öffentlichkeit, dem schweren Beruf Anerkennung und Beachtung zu sollen. Die Gedesfeier wird die freiwilligen und unfreiwilligen Besucher des Justizpalastes daran erinnern, daß sie sich im Hause der menschlichen Tragödien befinden.

Die Sensation

Die Menschen sind sensationshungrig geworden in unserer Zeit. Das kann man täglich auf der Straße beobachten. Wenn zwei Menschen einmal anhaltend gen Himmel schauen, so ist zu wetten, daß die Vorübergehenden auch bald die Hälse reden. Und bleiben gar einige Personen vor einem sonst wenig beachteten Schaufenster stehen, so ist sicher in der nächsten Minute der Aufbruch fertig.

So auch eines Tages in den Abendstunden in einer Straße der Altstadt. Erst standen dort nur zwei Knaben vor einem



kleinen Süßwarengeschäft. Nichts als ein Anlauf — die Menschen kamen geilt und hielten sich vor dem kleinen Schaufenster. Erzählten, erregten sich und doch wußten die meisten noch gar nicht was eigentlich „Los“ war.

Einer fragte den andern und schließlich kam die Antwort. Die einen zogen lachend ab — andre blieben schimpfend stehen und in der Straße bildeten sich Gruppen die dem „Fall auf den Grund gingen“.

Was war nun eigentlich geschehen? Zwei Jungen, der eine wohl 10 der andre 13 Jahre alt, hatten einen „Coup gelandet“. Angeregt durch irgendeinen Schmeißer. Beide waren sie hineingegangen in den süßen Laden und während der ältere eine Kleinigkeit kaufte und die Verkäuferin mit seinem Plappern aufhielt, murrte der jüngere einige Bomben. Doch die Verkäuferin hatte es gemerkt, leider zu spät. Der kleine Spießbube war verschwunden. Mit ihm die Süßigkeiten.

Man wurde der „ehrlöse“ Mäuser festgehalten und verhört. Der bestritt unter Tränen mit dem andern irgend etwas gemein zu haben, ihn überhaupt nicht weiter zu kennen, ergriß dann aber doch, trotz seines reinen Gewissens im günstigen Moment die Flucht und entkam. Gerade als zwei Polizeibeamte am „Latori“ erschienen, was eine würdige Zunahme der Renitenzmasse zur Folge hatte.

Und noch lange standen die Leute gestillert über den Fall — über die verdorbene Jugend — über die gute alte Zeit — die schuldigen Jungen — die schlimme Republik und vieles andre redend. Sie konnten danach aber gut schlafen.

Verband der Justizwachmeister

Die Generalversammlung des Bezirksvereins Raumburg — Sitz Magdeburg — im Reichsverband deutscher Justizwachmeister wurde am Samstag in Magdeburg vom Vorsitzenden Hubert eröffnet, der auch den Tätigkeitsbericht für das vergangene Geschäftsjahr erläuterte. Der Verein zählte am Schluß des Jahres 275 Mitglieder, darunter 56 im Ruhestand befindliche Kollegen. Die Zusammenarbeit mit dem Hauptverbandsvorstand war eine gute. Auch die Verbindung mit den Zweigvereinen war befriedigend, jedoch ist noch verstärktere Beantwortung von Anfragen und Hilfeleistung der Beiträge zu wünschen. Er erwarte denn die Möglichkeit der Beantwortung der Anfragen bei Behörden. Die Unterstützung über die Eingruppierung der Justizwachmeister in die neue Berufsordnung ist allgemein. Der Verband ist dem allgemeinen deutschen Reichsverband angeschlossen, dessen Wirken für die unteren und mittleren Beamten vorbildlich ist. Die Zeitung des A. d. J. sollte sich jedoch mehr den Beamtenfragen widmen. Der Hauptbericht schloß mit einem heilen Defizit ab, das aber nur durch rückständige Beiträge herbeigeführt ist.

Noch kurzer Aussprache nahm dann der Verbandsvorsitzende Schmidt (Berlin) das Wort zu einem Vortrag über die Beziehungen des Verbandsverbandes zur gerechtere Einstufung der Justizwachmeister, die nach der Berufsordnung von 1920 notwendig und notwendig behandelt werden waren. Der Verband hat kürzlich in einer großen Kammerung in Berlin seine Forderungen zur neuen Berufsordnung der Öffentlichkeit dargelegt. Er hofft, daß diese nicht ungehört bleibe. Bisher ist den Justizwachmeistern die Gleichstellung mit den Polizeibeamten und Postbeamten bevorzugen worden, obwohl sie vollständig in ihrem Dienst in Lebensgefahr stehen. In der Dienstordnung sind noch andere Mängel vorhanden, die zu beseitigen nur bei einheitlicher Haltung der Kollegen möglich ist. Bei einer Klage wurde festgestellt, daß die Justizwachmeister falsch eingestuft sind, daß die Beiträge eine Minderung jedoch nicht vornehmen konnten, da dies Sache der Parlamente sei. Darunter sind die entsprechenden Forderungen des Reichsverbandes eingereicht worden. Die sozialdemokratischen Parlamentarier haben die Unterstützung der Forderungen zugesagt.

Am Sonntag nachmittag wurde die Tagung fortgesetzt. Für den Anwesenheitsbericht des A. d. J. sprach Heibrod die besten

Wünsche zum Ausdruck. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft deutscher Justiz- und Strafanfallsbeamten, Justizinspektör Reute (Berlin), sprach dann über Befolungs- und Organisationsfragen. Er erinnerte daran, daß Magdeburg gewissermaßen historischer Boden für die neue Befolungsordnung sei, denn hier hat der Reichsfinanzminister Köhler zuerst etwas Positives über die kommende Befolungsordnung gesagt. Seit 1924 wartet die Beamtenschaft auf eine gerechte Anpassung ihrer Gehalte an die Teuerung und auf eine Wiedergutmachung des Unrechts, das unter Schließung der unteren Beamten angefallen worden war. Die etwas reklamatorische Ankündigung der Neuordnung hat, nachdem die Vorlage veröffentlicht worden war, starke Enttäuschung und Empörung bei den Beamten ausgelöst. Während Köhler in Magdeburg für die unteren Beamten 83 Prozent Erhöhung ankündigte, werden sie in Wirklichkeit nur viel weniger erhalten. Die Ankündigung der Gehaltserhöhung hat aber auch zur Folge gehabt, daß die Kreisräte, noch ehe die Beamten in den Genuss der Verbesserungen kamen. Die Ausführungen des Ministers, daß die Regierung dafür sorgen werde, daß die Kreise nicht steigen, waren nur beifällig, den Beamten Sand in die Augen zu streuen.

Die Befehlsgabe in der reklamatorischen Form hat auch Widerspruch gegen die Erhöhung seitens der Wirtschaft und der christlichen Arbeiter ausgelöst. Zur Genugtuung der Beamten hat aber gesagt werden, daß die freien Gewerkschaften sich diesen Einsprüchen nicht angeschlossen haben.

Die angekündigte soziale Neuordnung ist in der neuen Ordnung nicht vorhanden. Gerade den unteren Beamten ist nicht gegeben, was nötig ist. So soll z. B. der Anstellungszwang nach 5 Jahren wegfallen. Ebenso unförmig ist die Frage der Dienstreise wohnungen geregelt, da sie den Beamten der Gruppen 8. und 6 Verluste bis zu 600 Mark im Jahre bringt. Die ungeheure Vermehrung der Gruppen von 13 auf 29 stellt gleichfalls eine sehr unförmige Einrichtung dar. Das System der Stellenzulagen bringt wieder die alte obsequenzstaatliche Tendenz, da sie nach Gutgebehen werden, nicht nach Kunst.

Der Redner kennzeichnete dann das Verhalten des Deutschen Beamtensyndikats bei der Neuordnung. Zwar sind die Organisationen vor der Fertigstellung der Vorlage nicht gehört worden, aber das D. B. B. hat sich gerührt, daß er in privaten Verhandlungen mitgewirkt habe.

Die Justizwachmeister streben vor allem danach, die ungleiche Eingruppierung von 1920 zu beseitigen. Die neue Dienstordnung von 1925 bestärkt die Berechtigung der Forderungen, in dem er ihnen ein viel weiteres Arbeitsgebiet zuweist, die Justizwachmeister haben den Sicherheitsdienst in den Justizgebäuden zu versehen, wobei es immer gilt, das Leben aufs Spiel zu setzen. Höheren Beamten stellen passive Resistenz in Aussicht, wenn nicht genügend besetzt werden. Der Unterbeamte aber muß seinen Dienst bis zum allerletzten ausführen, ohne genügende Anerkennung zu finden. Eingruppierung in die neue Gruppe statt in 10b der neuen Ordnung hat die Organisation gefordert. Im Reichstagsauschuß sei jedoch noch nicht einmal die grundsätzliche Frage geklärt, ob der Köhlerische Vorschlag oder die alte Regelung zur Grundlage der Neuordnung genommen werden solle. Die Beamten werden jedoch in ihrem Verband und in dem D. B. eine energische Vertretung ihrer Rechte finden.

Nachdem die Tagungsteilnehmer der Gedesfeier für den Dienst erschöpfen Justizwachmeister Naumann beigewohnt hatte, wurden am Nachmittag die Beratungen fortgesetzt, die ausschließlich innere Organisationsfragen behandelten.

Das Wahlrecht der stellungslosen Angestellten

Stellungslose Angestellte besitzen ebenfalls das Wahlrecht zur Angestelltenversicherung. Voraussetzung ist allerdings, daß mindestens 21 Jahre alt sind und in den letzten 12 Monaten mindestens eine Beitragsmarke geleistet haben. Nach dem Gehalt muß das Arbeitsamt zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft notwendigen vier bzw. acht Monatsbeiträge leisten.

Die stellungslosen Angestellten wollen sich deshalb sofort an das Arbeitsamt, Zimmer 27 (Buchhalterei), wenden, damit die erforderliche Zahl Beitragsmarken nachgeleitet wird.

Die Versicherungsstelle dient als Ausweis bei der Wahl am 20. November 1927. Gewählt werden nur die Listen der gewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen, und zwar:

- Zentralverband der Angestellten (Bach-Höber).
- Deutscher Werkmeisterverband.
- Bund der technischen Angestellten und Beamten (Cruse).

Berichtungen

In Nummer 257 der „Vollstimmte“ berichteten wir über einen tödlichen Verkehrsunfall in der Lübecker Straße und kritisierten dabei das Verhalten des Sanitätsrats Dr. Köhler, der zuerst Hilfe abgelehnt haben sollte. Durch seinen Nachsicht gegenüber dem Dr. Köhler mit Berufung auf § 11 des Pressegesetzes folgende Berichtigung:

„Sanitätsrat Dr. med. Köhler hat lediglich die Leute in den Verlechten in sein Wartezimmer gebracht hatten, veranlaßt ihn mit dem Verlechten allein zu lassen. Dann hat er den Verlechten von Blut und Schmutz gereinigt und hat seine sichtbaren Wunden verbunden. Mit den inzwischen erschienenen Feuerwehrlenten hat er darauf den Verlechten persönlich die Treppe hinunter zum Krankentragen getragen und dafür gesagt, daß er ordnungsmäßig gebettet wurde.“

Der Maurerstudent heißt der neue Roman, der heute der „Vollstimmte“ beginnt. Wir sind überzeugt, daß die spannende Erzählung ebenso eifrige Leser und Leserinnen finden wird wie die Erinnerungen des Harry Domela.

G. B. D. Bezirk Lemsdorf. Am Dienstag fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Genosse Höber sprach über Kommunalpolitik und soziale Fürsorge. Die Wohlfahrtsfürsorge auszubauen und den Unterstützungsberechtigten anzuhelfen, die falsche Scham abzulegen, muß in nächster Zukunft die vornehmste Aufgabe der Parteigenossen sein. Die soziale Fürsorge, die durch Regierungsbeschluß Aufgabe der Kommune ist mit allem in Magdeburg auf 32 Millionen Mark angewachsen. Wir als Sozialisten haben die Aufgabe, die soziale Fürsorge dem Staate als Pflicht aufzuerlegen. Der Helferrapparat in den einzelnen Wohnbezirken muß gut ausgebaut werden, um für Bedürftigen eine vorbeugende Tätigkeit entwickeln können. Auch diese Arbeit, die Unterstützung der Bedürftigen, ein Stück Arbeit vom Sozialismus. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Vortragenden noch bekräftigt und anerkannt, daß der Ausbau des Fürsorgeapparates eine dringende Notwendigkeit ist. Ferner wurde auf die Revolutionsfeier 9. November hingewiesen. Die Werbeweche vom 6. 13. November wurde eingehend besprochen und die Vorbereitung dazu erledigt. Zum Schluß sprach der Vorsitzende die Erwartung aus, daß außer der zu leistenden Arbeit jeder Genosse als Pflichtbetradten müsse, mindestens je ein neues Parteimitglied und einen neuen „Vollstimmte“-Leser zu gewinnen.

Das neue Postamt. Von der Oberpostdirektion wird geschrieben: Es besteht mehrfach die Meinung, daß die Eröffnung des Postamts in dem neuen Postgebäude in der Dittmannstraße erst zum 1. April 1928 erfolgen werde. Dies trifft nicht zu. Das Postamt 4 ist bereits am 19. September vom Rathausplatz in den Posthausneubau in der Ristemannstraße verlegt worden.

Wenn es schnell... In Interesse der Grundstümmigen Eigentümer liegt es, bei Schneefällen die Hydranten frei zu machen, damit bei Brandgefahr die Feuerwehr ohne Verzögerung die Wasserentnahmestellen auffinden und in Tätigkeit bringen kann. Es ist besonders darauf zu achten, daß beim Abschneiden des Schnees vom Bürgersteig die Schneemassen nicht auf Gehenden gelangen.

Nachrichten aus der Provinz

In unsre Leser!

Am Sonnabend konnte ein Teil der Auflage nicht rechtzeitig geliefert werden, weil ein Maschinendefekt die Druckarbeit verzögert hatte. Die Lücke des Objekts konnte ebensowenig wie die Werbewoche auffüllen wie die Lücke unserer Gegner. —

Fristschänkung

Schon oft ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, wie gutes Recht durch Fristverjüngnis verlorengeht. „Wer sich nicht rührt, sein Recht verliert!“ Die nach der Staatsumwälzung von 1918 geschaffenen Gesetze sehen wohl durchweg vor, daß der Bürger, wenn er eine Entscheidung zugestellt erhält, über das Rechtsmittel befehrt wird, das er gegen sie ergreifen kann. Aber es gibt noch eine Fülle von Gesetzen aus der Zeit vor der Staatsumwälzung, die eine Rechtsmittelbelehrung nicht erfordern oder nach denen das Unterbleiben einer Rechtsmittelbelehrung den Lauf der gesetzlichen Rechtsmittelfristen nicht aufhält. Ein Fall, bei dem solche dem Betroffenen schädliche Fristverjüngnis die an sich gebotene günstige Sachentscheidung unmöglich machte, beschaffte den Bezirksauschuß in seiner Sitzung vom 3. November.

Es klagten die Landwirte Karl Schulze und Friedrich Delge aus Wöckern gegen den Magistrat der Stadt Wöckern. Die beiden Landwirte waren von der Stadt zu den Unterhaltungs- und Instandhaltungskosten des Mott- und Fließgrabens herangezogen. Nach dem Ortsstatut können jedoch nur die Anlieger herangezogen werden, und dies sind beide Landwirte nicht. Sie stehen in einem Kataster mitbezogen, das dem Ortsstatut angefügt ist, aber dadurch werden sie nicht zu Anliegern. Sie meinten, bei dieser Sachlage könne ihnen nichts geschehen. Anstatt rechtzeitig Einspruch bei dem Magistrat zu erheben, schrieben sie an den Regierungspräsidenten, und nachdem der Magistrat, an den dies Schreiben abgegeben war, es als Einspruch angehen und die Heranziehung zu den Kosten bestätigt hatte, erhoben sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von 2 Wochen Klage bei dem Bezirksauschuß. Dies geschah erst, als es längst zu spät war. Nun behaupten sie zwar vor dem Bezirksauschuß, sie hätten mit dem Bürgermeister gesprochen und er habe ihnen gesagt, sie sollten mal aufs Rathaus kommen, um die Sache weiterzuführen. Aber auch der Bürgermeister kann die gesetzlichen Fristen nicht verlängern, und eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kam nicht in Frage, weil ihre Verjährung der Klagefrist nicht schuldlos war.

Es hätte die Klage der beiden Landwirte abgewiesen werden müssen, wenn sie auf Zureden des Vorstehenden ihre Klagen nicht zurückgenommen hätten. Dabei wurde ausdrücklich festgestellt, daß sie durch ihre Klagerücknahme nicht ihre Rechtspflicht, zu den Kosten der Instandhaltung und Reinigung des Grabens beizutragen, anerkannt haben, sondern daß sie durch ihre Fristverjüngnis nur des Rechtes berlustigt gegangen sind, ein Rechtsmittel gegen die Heranziehung für das eine Jahr einzulegen.

Da die Heranziehung zu den Beiträgen für den Mott- und Fließgraben bei beiden Landwirten offenbar zu Unrecht erfolgt ist, weil sie nicht seine Anlieger sind, so ist jetzt eine Beitragsfestsetzung gegen sie rechtskräftig geworden, die nach dem Ortsstatut nicht begründet ist. Um dies Ergebnis zu verhindern, legte der Vorstehende dem Bürgermeister von Wöckern nahe, trotz des Obliegen der Stadt die beiden Landwirte freizustellen. Selbst wenn dies geschieht, haben sie aber noch Prozesskosten zu tragen, und diese sind auch nicht gering.

Die Lehre aus der Sache: wer eine amtliche Verfügung zugestellt erhält, muß sich an zuständiger Stelle erkundigen, wie und innerhalb welcher Frist er gegen sie angehen kann; wird das Rechtsmittel nicht frist- und formgerecht erhoben, so kommt es zu einer sachlichen Entscheidung über die Rechtsfrage überhaupt nicht, weil der Einspruchserheber seines Rechtsmittels verlustig erklärt wird. —

Kreis Wanzleben

Groß-Ottersleben

Revolutionsfeier. Am Sonnabend den 12. November findet mit Unterstützung aller dem Kulturartell angeschlossenen Gewerkschaften, Sport- und Kulturbereine die Revolutionsfeier der Partei statt. Das Programm ist sehr reichhaltig. Der Arbeiter-Gesangverein bringt Männer- und Gemischte Chöre. Nach einem Vortrag hält Genosse Hennberg (Magdeburg) die Festrede. Die freien Turner Venediger zeigen Reckenübungen von Turnern, Freilübungen, Schüler-Aufführungen und eine „Lebendige Parade der Sportler“. Danach findet ein Fußball statt. Während der Pause ist im Saale Reigenfahren des Arbeiter-Madsfahrerbundes Solidarität. Alle Genossen und Kollegen mit ihren Angehörigen müssen die Revolutionsfeier besuchen. —

Egeln

Wann kommt die Autoumgehungsstraße? Der starke Autoverkehr und die Ribbenwagen der Güter- und Landwirte bilden auf dem Breiten Weg eine große Gefahr für das Publikum. Der Breite Weg, der den Namen zu Unrecht führt, hat einen Fahrbahnbau von 6 Meter und einen Fußsteig von 50 bis 60 Zentimeter Breite. Begegnet sich hier die Wagen, so ist man gezwungen, sich an die Häuser zu drücken. Bei der feuchten Witterung kommen die Autos auf dem schlüpfrigen Pflaster ins Schleudern, so daß man umgerissen zu werden beschließen muß. Die Häuser und hauptsächlich die Schaufenster bieten einen trostlosen Anblick. Die Dreckspritzer üben fingerdicke Schichten. Die Anlieger und die gesamte Bürgererschaft haben das größte Interesse, daß hier Abhilfe geschafft wird. —

Die Revolutionsfeier findet nicht im Gesellschaftshaus, sondern bei Köhler statt. Unsere Genossinnen und Genossen und Gäste sind freundlichst eingeladen. —

Bei Hausfluchtungen muß jetzt im Steuerbureau im Rathaus eine Schlichtkarte gegen 1,45 Mark entnommen werden. —

Bei der Arbeit verunglückt. Im Betrieb der Domäne Reichenhuth ist man am Gabelborner Weg mit der Herstellung einer Ribbenblattniete beschäftigt. Da angeblich Leutewangel vorhanden ist und diese Arbeit möglichst schnell vorantreiben gehen soll, werden die Wagen auf eigenartige Weise entladen. Während ein paar Pferde vor dem Wagen denselben halten, werden die Watter mittels Ketten durch ein paar andere Pferde von dem Wagen nach hinten heruntergezogen. Hierbei ereignete es sich, daß ein behaltener Wagen, der schon auf der Kippe stand, mit samt den Stangenpferden umgerissen wurde und von der Blattniete hinstürzte, den unbalancierten Maurer Gustav Köhler, der neben dem Wagen stand, unter sich begrub, so daß er nach Hause gefahren und in ärztliche Behandlung genommen werden mußte. Köhler, der zur Aushilfe hier arbeitete, um neben seiner geringen Rente noch einige Groschen zu verdienen, wurde die Brust gequetscht. Zukunfts führen in dieser Fall auf Leichtfertigkeit der aufsichtführenden Personen, zu denen auch der Hofmeister D. gehört. Von einem Aufseher darauf hingewiesen, daß es besser sei, vier Pferde vor dem Wagen zu spannen, um ihn zu halten, wies er das zurück und meinte, zwei Pferde könnten das halten. Dabei ist zu bemerken, daß der Wagen nach hinten zu bergab stand. —

Hajeburg

Revolutionsfeier. Die Sozialdemokratische Partei veranstaltet am Mittwoch den 9. November eine Revolutionsfeier in der „Grünen Linde“ unter Mitwirkung des Arbeitergefangenenvereins

und der Arbeiterturner. Die Festrede hält der Redakteur der Reichsbannerzeitung Genosse Wiegner (Magdeburg). Es sind sämtliche Vereine eingeladen. Alle Genossen und Genossinnen und die Kameraden des Reichsbanners sind zum Besuch verpflichtet. —

Langenweddingen

Das Vieh gilt mehr. Der Schulvorstand hat beschlossen, daß die Fortbildungsschule von 18 bis 21 Uhr stattfindet. Das ist gesetzlich. Von 17 Uhr bis 18 Uhr arbeiten und von 18 bis 21 Uhr Fortbildungsschule — wo bleibt da dem jungen Menschen die Zeit zum Essen? Bei den Bauern müssen die Gespanne um 18 Uhr auf dem Hofe sein und das Vieh bekommt zu fressen. Die jungen Arbeiter aber sollen hungern bis 21.30 Uhr!

Jugend heraus!

Sozialistische Jungmänner: Die Werbewoche der Sozialdemokratischen Partei wird ein Prüfstein sein für euer Willen und Können, euren Eifer, euer Geschick. Jugendliche Proletarier! Euer Leben ist fürwahr nicht leicht, eure Arbeit ist schwer. Mannigfache Dinge erwecken euer Interesse. Und dennoch: Auch im Mittelpunkt eures Lebens muß

der große proletarische Kampf

stehen, Jungproletarier! Ihr seid die junge Garde der Bewegung. Auf euch sind in diesen Tagen die Klischee der Partei gerichtet. Werbt mit jugendlicher Kraft neue Mitglieder für die Partei! Jungproletarier! Zeigt Entschlossenheit, bringt Opfer! Kämpft!

Euer ist die Zukunft,

wenn ihr sie mit erkämpfen helft. Eine Zukunft der Freiheit soll es sein, eure Freiheit! Erkämpft mit uns eure Freiheit, eure Zukunft! Mit euch zieht die neue Zeit! Daher: Werbet und werbt Parteigenossen! —

Kreis Jerichow 1

Wiederitz

Die Revolutionsfeier der werktätigen Bevölkerung findet am Mittwoch Abend in der „Weintraube“ unter Mitwirkung des Gesangsvereins Einigkeit und des Turnvereins Siedle statt. Festredner ist Landtagsabgeordneter Genossin Minna Hollmann (Halberstadt). Kommt alle! Anfang 8 Uhr. —

Menz

Die Revolutionsfeier am Sonnabend beim Gastwirt Vogt ist in guter Harmonie verlaufen. Kamerad Schölepp (Geyrothsberge) hielt die Festrede. In kurzen Worten schilderte er den Werdegang des Reichsbanners und wies auf die Bedeutung der im nächsten Jahre stattfindenden Wahlen hin. Es muß Aufklärung unter der Arbeitererschaft geschafft werden. Jeder einzelne muß wissen, daß er am Wahltag seine Stimme nur Republikanern zu geben hat. Für die Arbeitererschaft kommt nur die Sozialdemokratische Partei in Frage. Daß der Pastor Parzewski von der Kanzel herab die aus der Kirche Ausgeschiedenen bekannigt, wirkt in keiner Weise abschreckend, sondern ist eine Propaganda für den Kirchenaustritt. Auch nützt es ihm gar nichts, daß er den Beschwerdeführenden wegen der zu hohen Kirchensteuern gegenüber behauptet, daß nur das Finanzamt daran schuld sei. Wir werden unermüdet für Aufklärung sorgen. Kameraden, agitiert für Partei und Presse! —

Stadtkreis Burg

Schwer gestürzt ist mit dem Rade in der Nacht zum Sonntag Genosse Reimelt jun. Er befand sich auf dem Rückweg von Woltersdorf, wo er in einer Versammlung gesprochen hatte. Hinter dem Dorfe Schermen stürzte er auf bisher unaufgeklärte Weise und blieb bewußtlos liegen. Als seine Begleiter, die einer Panne wegen zurückgeblieben waren, an die Unfallstelle kamen, fanden sie ihn neben dem umverkehrten Rade liegen und beantragten seine Ueberführung in das Kreiskrankenhaus. —

Werberversammlung heute (Montag) Abend in der „Zentralhalle“. Genosse W. Dittmann spricht. —

Der Handtaschenraub gestiftet. Der Kriminalpolizei ist es am Freitag gelungen, den jugendlichen Täter festzunehmen, der am 2. November in der Deichstraße einem jungen Mädchen die Handtasche raubte. Es ist der 18 Jahre alte W. B. Er gestand die Tat ein. Das in der Tasche befindliche Geld hat er verbraucht. Ferner gestand W. ein, am Abend des 2. November aus einem vor dem Hotel Roland stehenden Auto eine kostbare Reisetasche gestohlen zu haben. Die Tüte kann im Bureau der Kriminalpolizei beschlagnahmt werden. B. wurde dem Gefängnis zugewiesen. —

Fahrrad Diebstahl. Am 4. November gegen 10.50 Uhr wurde einem hiesigen Einwohner in der Koloniestraße ein Herrenfahrrad entwendet. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminalpolizei, Rathaus, Zimmer 5. —

Das Städte-Theater bringt am kommenden Freitag das Lustspiel „Der Herr Senator“ zur Aufführung. Nachmittags findet eine Kindervorstellung statt, in der das Märchen „Hänsel und Gretel“ gespielt wird. —

Zur Angestelltenwahl. Auch in unserer Stadt sind die Angestelltenverbände rührig an der Arbeit, um ihre Mitglieder zur Vertrauensmännerwahl am Sonntag den 20. November aufzurufen. Die Werber des Gewerkschaftsbundes gehen dabei mit Vorschlag vor, um dem ihnen verhassten Zentralverband eins auszuwichen. So wird besonders in dem Zuckerei Betrieb von der schiedenen G.d.A. Leuten die Lüge verbreitet, daß der Z. d. A. die Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung verschmelzen will, damit die Angestellten ebenso niedrige Renten beziehen, wie sie die Arbeiter aus der Invalidenversicherung erhalten. Mit solchen Unfassen hoffen die G.d.A.-Leute Dumme zu fördern. Niemals hat der Z. d. A. etwas Derartiges gefordert, aber seine Aufklärungsarbeit über die Versicherung in der Angestelltenversicherung ist manchen Leuten auf die Nerven gefallen. Alle Forderungen des Aa-Bundes auf Verbesserung der Leistungen der Versicherung, Herabsetzung der Beiträge usw., die nach G.d.A. Behauptungen die Versicherung finanziell vernichten würden, sind jetzt Wort für Wort von demselben Verband aufgenommen worden. Wir Zentralverbänder denken nicht daran, auch nur das geringste Recht der Angestellten preiszugeben. Im Gegenteil! Wir wollen Verdopplung der Rentenleistungen und Rechtsansprüche auf Gewährung von Heilverfahren. Nach dem letzten Jahresbericht beträgt die durchschnittliche Rente für ein- u. berufsunfähigen Angestellten nur 54 Mark im Monat, und dabei hat die Reichsversicherung ein Vermögen von 533 Millionen Mark aufgespeichert. Kollegen, legt Verweh in die Verwaltung der Versicherung, indem ihr ausnahmslos eure Pflicht tut. Wählt die Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten! In unserer Stadt führen die Listen die Kollegen S o w a t und K a m m e r. —

Kreis Wölkritztadt

Barleben

Unsre Revolutionsfeier findet am Sonnabend den 12. November, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Es gelangt ein sorgfältig ausgewähltes Programm zur Aufführung. Einem Vortrag folgen lebende Bilder, Rezitationen, ein Melodram und ein Sprechchor unserer Arbeiterjugend. Unsere Arbeiter mit ihren Frauen und alle Republikaner mögen durch einen zahlreichem Besuch dieses Abends zeigen, daß der Geist der Revolution weiterlebt.

Sänglingsfürsorge. Am Freitag den 11. November, 20 Uhr, hält der Kreisarzt Medizinalrat Dr. Jeske im Saale des „Braunen Hauses“ einen Vortrag mit Lichtbildern über „Sänglingspflege“. Er ist für Frauen und schulentlassene Mädchen bestimmt. — Die Gemeinde Barleben hat eine Sänglingsfürsorge unter Leitung des Medizinalrats Dr. Jeske eingerichtet, in der allen Müttern kostenlos Rat und Auskunft erteilt wird. Die erste Mütterberatung in dieser Fürsorgestelle findet am Montag den 14. November, 14 Uhr, in der neuen Schule, Breiter Weg 78, Zimmer 8, statt. Die zukünftigen Beratungen werden regelmäßig an jedem ersten Montag im Monat in der gleichen Zeit und am selben Orte sein. Die Gemeinde Barleben hat durch die Einrichtung dieser Mütterberatungsstelle als erste ländliche Gemeinde im Kreise Wolmirstadt eine soziale Fürsorge von der größten Bedeutung für unsere Mütter geschaffen. Die Mütter und schulentlassenen Mädchen nutzen sich nur selbst, wenn sie den Vortrag am Freitag Abend ausnahmslos besuchen. —

Ebenorf

Werbewoche und Revolutionsfeier. Die Werbewoche für die Presse hat 18 Zeitungsliefer gebracht. Die Werbung von Parteimitgliedern ist in der Woche vom 6. bis 13. November. Jeder Arbeiter gehört in die Sozialdemokratische Partei. Sämtliche Republikaner am Orte werden aufgefordert, am Mittwoch den 9. November zu flaggen. Die Revolutionsfeier findet am Sonnabend den 12. November, 20 Uhr, beim Gastwirt Karl Raube statt. Stadtkorrespondent-Vorsteher Genosse Baer (Magdeburg) hat das Referat übernommen. Die Appelle des Arbeiter-Sportklubs sowie der Arbeitergefangenenverein wirken mit. —

Kreis Neuhaldensleben

Barthe

Parteimitgliederversammlung. Sie konnte von den männlichen Mitgliedern besser besucht sein. Genosse Scherdt fegte hier ein Referat über das Thema „Was ist und will der Sozialismus?“ Er wies darauf hin, daß in der Werbewoche alle Genossen für Partei und Presse werben müssen. Die Revolutionsfeier findet am Mittwoch 20 Uhr bei Michaelis statt. Dazu sind alle Arbeiterorganisationen eingeladen. Die Bildungsarbeit wird in diesem Winter besser durchgeführt werden als im Vorjahr. Es soll jeden Monat ein Vortrag gehalten werden. Das endgültige Programm wird noch bekanntgegeben. —

Wölkritztadt

Tuberkulose-Fürsorge. Wegen des Bußtags wird die nächste Sprechstunde der Tuberkulose-Fürsorgestelle des hiesigen Kreises, die in Magdeburg im Polizeipräsidium stattfindet, auf Mittwoch den 23. November vertagt. Die Sprechstunde im hiesigen Kreis-Krankenhaus findet wie bisher am dritten Donnerstag, also am 17. November 1927 von 14 Uhr an, statt. —

Kreis Calbe

Vom Kindererholungsheim.

Der Sommerbetrieb des Kindererholungsheims zu Ebenau war erfreulich lebhaft. In einem Falle kam leider die Gripe zu spät, aber sonst verließen die Kinder sämtliche Kurse das Heim mit teilweise erheblichen Gewichtszunahmen. Nur ist der Winterbetrieb aufgenommen worden. Die 52 Mädchen, die eingezogen sind, stammen nur zum Teil aus dem Kreise; den größeren Anteil stellt die ganze Provinz. —

Von der Wander-Haushaltungsschule.

Die Wanderhaushaltungsschule des Kreises Calbe hält ihren Lehrkurs bis zu den Weihnachtsferien in Michelau ab. Sie ist von den Hausvätern der Gemeinde stark besucht. Man ist mit der Einrichtung, die den Mädchen ohne besondere Kosten die nötigen Kenntnisse beibringt, auch Hausarbeitsunterricht erteilt, sehr zufrieden. Mit dem neuen Jahre geht die Schule nach U g e n d o r f. —

Barth

Die Parteiversammlung am Sonnabend war von 110 Genossen und Genossinnen besucht. Sie war der Aufsicht zur Werbewoche. Reichstagsabgeordneter Genosse Silberjahn mit sprach über die Arbeit des Bürgerblocks, die er an zahlreichen Beispielen beleuchtete und scharf kritisierte. Für seine interessanten Ausführungen, wurde ihm der verdiente Beifall. Der Vorstehende, Genosse Walter Franz, wies auf die Revolutionsfeier am Mittwoch hin, die ohne Rang einen ersten, würdigen Charakter haben wird. Genosse K a r t h ä d t hält die Festrede, der Arbeiter-Gesangverein Action wird mit gesanglichen Darbietungen den Abend verschönern. Gleibitz Genossen und Genossinnen haben sich zusammengesunder und Genosse V a d e r s „Geles“ einstudiert. Das Stück spielt zur Zeit der Sozialistenverfolgungen. —

Die Werbewoche ist nicht nur eine Angelegenheit der Funktionäre, sondern jedes einzelnen Parteigenossen. In jedes Arbeiterhaus gehört die „Volkstimme“, die die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt. Werbeexemplare stehen zur Verfügung. —

Der Sonntagstriebwagen hat jetzt Anschluss von Magdeburg. Die damit geschaffene Nachverbindung mit Magdeburg gibt Gelegenheit zum Besuch der Theater bei Benutzung der billigen Sonntagsfahrkarten. Das gleiche gilt auch für den Sonntagsbusch in Dessau. Die Abfahrt von Güterglück erfolgt 0.38 Uhr, die Ankunft in Barth 0.48 Uhr. —

Wohngeldbericht des Arbeitsamts. Einem Gesamtzugang von 46 steht ein Abgang von 20 Arbeitssuchenden gegenüber. Der Stand am Schlusse der Berichtswoche ist folgender: 18 (20) Hauptunterstützungsempfänger, darunter 1 (2) in der Sprechstunde, mit zusammen 32 (31) Zuschlagsempfänger. An Arbeitssuchenden sind insgesamt 55 (59) gemeldet, davon 8 in Notstandsarbeit. Barth hat 9 (14), Tornitz, Wexpen und Walkertensberg je 1 (1), Werleitz 2 (1) und Kömmelitz 4 (2) Hauptunterstützungsempfänger. —

Im Unterlauf der Rulbe sind umfangreiche Räumungsarbeiten, die einen ungehinderten Abfluss gewähren, ausgeführt worden. Die Grundräumung im Mündungslauf muß bis zum 10. Dezember erfolgen. —

Die Ribbenente zeigt recht verschiedene Erträge. Nur einzelne Morgen brachten mehr als 150 Zentner. Es überwiegt die Morgenzahl, deren Ertrag unter 100 Zentner bleibt. Der Durchschnitt bewegt sich zwischen 100 und 120 Zentnern. Das trockene Herbstwetter hat die Ribben schlaff gemacht. —

Zahlung weiterer Hochwasserentschädigungen. Landrat Genosse P o f f weilt kürzlich mit einigen Beamten des Kreises auf dem Rathaus, um mit Vertretern der Flurschadenkommission über die Zahlung weiterer Hochwasserentschädigungen zu beraten. Es stehen im Kreise noch mehrere tausend Mark zur Verfügung. —

„Die Welt der Lichter“ heißt ein Film, der durch den Hindenburgverein hier am Dienstag Abend zur Vorführung kommt. Wir Sozialdemokraten sind immer bestrebt gewesen, den Blinden das schwere Geschick zu erleichtern; hier finden wir eine Gelegenheit, Einblicke in ihr Seelen- und Arbeitsleben zu erlangen. Die Erläuterungen wird Genosse Karstadt geben. —

Ein falscher Behnmarkstein kam bei der Post zur Einzahlung. Er konnte sofort erkannt und angehalten werden, so daß der Unterbeamte am Schalter vor Schaden bewahrt blieb. Es häuften sich in letzter Zeit bei uns die Fälle, wo falsches Geld in Papier als auch in Münze festgesetzt wurde. —

Die Schule ist noch immer auf verkürzten Unterricht angewiesen. Das Novemberwetter sorgt dafür, daß der Unterricht im

Freien unendlich wird. Viele Eltern lassen ihre Kinder zu früh zur Schule gehen, so daß diese auf dem Schulhof warten müssen. In der neuen Schule sind jetzt die Mäler an der Arbeit. Das Treppenhaus im Ostgebäude wird in 14 Tagen fertig sein. Der 1. Dezember ist als Einweihungstag in Aussicht genommen. Die Kinder bereiten ein umfangreiches und vielseitiges Programm für ein Elternfest im Schützenhaus vor.

Calbe

Das neue Kreishaus. Der Neubau des Kreishauses in der Magdeburger Straße wird baldigst durchgeführt werden. Eine Kommission wird in den nächsten Tagen eine Besichtigung von neuen Kreisbüchern in der Provinz vornehmen, um die hier gemachten Erfahrungen beim Neubau zu bewerten. Wegen ungenügender fremde Räumlichkeiten — Bogenstraße, Stadtkorridor — suchen fremde Räumlichkeiten — Bogenstraße, Stadtkorridor — für die Abhaltung der Kreistage in Anspruch genommen werden.

Revolutionsfeier. Am Mittwoch den 9. November, 20 Uhr, veranstaltet die Sozialdemokratische Partei ihre diesjährige Revolutionsfeier im Lokal von Krebs. Mitwirkende sind der Arbeitergesangverein Eintracht und der Frauenghor. Außerdem wird der Film „Die Schminde“ vorgeführt. Parteilgenossen, sorgt durch Massenbesuch für eine würdige Feier!

Frauenversammlung heute (Montag), 20 Uhr bei Feinge. Genosse G. Weber (Magdeburg) spricht. Genossinnen, sorgt für zahlreichem Besuch! Gäste sind willkommen.

Fischsterben. Seit einigen Tagen kann man in der Saale ein großes Fischsterben beobachten. Fische von erheblicher Größe, wie man sie kaum in der Saale vermutet, liegen am Ufer die Flüsse von den Quellen der Wunderburg auf. Anscheinend erholen sie sich in den Zuflüssen wieder. Wahrscheinlich ist das Sterben auf die Verunreinigung der Saale durch die Abwässer der Zuckerfabriken zurückzuführen. Die pflanzlichen Rückstände, die mit den Abwässern in die Saale gelangen, gehen in Gärnis über und verheizen den im Wasser vorhandenen Sauerstoff. Infolgedessen kommen die Fische belüftet an die Oberfläche.

Straßenreinigung. Sobald alljährlich die Zuckerfabrik ihre Tätigkeit beginnt, beginnt für die Anlieger der Alendurger Straße eine Leidenszeit. Der Schmutz, den die Müllabfuhrwerke aus der Fabrik mitbringen, lagert sich auf dem Pflaster ab, und alle Mühen sind umsonst, um ihn wegzuschaffen. Hier sollte die Behörde doch einen Weg finden, um die Bewohner davon zu befreien. Entweder übernimmt die Stadtverwaltung die Reinigung auf Kosten der Zuckerfabrik oder aber die Zuckerfabrik hat für Reinigung zu sorgen.

Siddendorf

Kampfmethode gegen die Genossenschaftsbewegung. Die Genossenschaftsbewegung, die in unserm Ort eine große Anhängerzahl besitzt, ist verschiedenen Geschäftsleuten ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln versuchen sie, den Konsumverein zu schädigen. Als der 7-11 Uhr-Sadenjoch durchgesetzt wurde und der Landjäger gegen Uebertreter scharf vorging, versuchte man, der Genossenschaft die Schuld an diesem Vorgehen in die Schuhe zu schieben. Die Arbeiterschaft aber ließ sich nicht beirren, denn sie weiß, was die Genossenschaft für sie bedeutet. War es doch die Konsumgenossenschaft, die in der Inflation die Einwohner mit Lebensmitteln versorgte! In der damaligen Zeit, als der alte Konsumverein von hier und die Geschäftsleute ihre Läden wegen Warenmangels schließen mußten, schlossen sich sogar die Beamten und Beamten der Bewegung an. Heute sind sie allerdings aus der Mittelschicht verschwunden.

Da die alten Mittel nicht mehr wirken, versuchen jetzt gewisse Kreise mit neuen Waffen gegen die Genossenschaft zu arbeiten. Kürzlich veranstaltete das Arbeiterportfaktell einen Konzertabend, zu dem auch etliche Geschäftsleute gekommen waren, um ihre Zuneigung für die Arbeiterbewegung und für die Arbeiter als ihre Kunden zu zeigen. Für die Besucher wurde Gebälz, das die Genossenschaftsbücherei geliefert hatte, feilgehalten. Die Beherrschung war der Frau eines Genossen übertragen worden. Von einem anwesenden Rädermeister ist nun beim Landjäger Anzeige wegen des Fehlhaltens von Gebälz erstattet worden. Der Schlag sollte wohl nur die Genossenschaft treffen, traf aber die arme Frau, die ein Strafmandat bekam. Daß der Rädermeister diesen Verhalten Kunden nicht, besorgflos wir. Für die Arbeiterschaft kann es nach diesem Vorfall nur eins geben: Ausnahmlos in der Genossenschaft zu kaufen. Hinein in den Konsumverein!

Frauengruppe. Die Feldarbeit nähert sich ihrem Ende und das wird sich auch auf unser Frauengruppe aus. Die letzte Zusammenkunft war wieder gut besucht. Genossin Seiler eröffnete den Abend mit der Mitteilung, daß auch die zweite Vorsitzende ihr Amt wegen Wegzugs niedergelegt hat. Dann schritt man zur Wahl der beiden Vorsitzenden. Als erste Vorsitzende wurde Genossin Seiler, als zweite Vorsitzende Genossin Klingenstein gewählt. In den Arbeiterwahlvereinsauschuss wurden die Genossinnen Ida Pfling und G. Reier gewählt. Beschlüsse wurden für eine Wochensitzung im nächsten Monat gefasst. Kom Genossin Seiler wurde auf die Herbstwoche für die Partei hingewiesen. Angeregt wurde im Dezember einen Bunden Abend zu veranstalten. Die

Vorstande schloß die Zusammenkunft mit der Aufforderung, in der Herbstwoche nicht untätig zu bleiben.

Regenpflanzung. Herrscht augenblicklich in unsern Straßen. Es hat sich eingebürgert, die Lampen an Abenden, an denen Windstille ist, bis gegen Morgen brennen zu lassen. Ist aber kalte und regnerische Witterung, so wird keine Lampe angezündet. Die Straßenpassanten können dann zusehen, wie sie im Dunkeln durch den fuhohen Schlam, der augenblicklich die Straßen bedeckt, kommen. Besserlich wird hier Abhilfe geschaffen.

Unglücklicher Verkehr. Auf der Eisenbahnstrecke Eggersdorf-Siddendorf ist am Sonnabend das Weis in der Richtung Siddendorf-Güstern wegen Erneuerung gesperrt. Der Verkehr wird einseitig aufrechterhalten. Zu diesem Zwecke sind auf den Bahnhöfen Notbahnsteige errichtet.

Arbeiterjugend. Morgen Dienstag 20 Uhr kurze Revolutionsfeier im Heime. Bringt eure Eltern mit! Gäste willkommen.

Bad Salzelmen

In öffentlicher Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Genosse F. r. l. (Magdeburg) über „Die Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen“. Seine Worte klangen aus in den Appell an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, bei den kommenden Wahlen ihre Stimme der Sozialdemokratie zu geben. Genosse Schmalbe behandelte kritisch die kommunalen Verhältnisse, wie sie sich unter der bürgerlichen Mehrheit gebildet haben. Bei den nächsten Wahlen müssen alle Kräfte gesammelt werden, damit wir wieder die Mehrheit erhalten. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung, die ein vielversprechender Auftakt für die Herbstwoche war, vom Genossen Bischoff geschlossen.

Der Solgraben wird wieder einmal gereinigt. Dieses Mal geht es stromaufwärts. Angefangen ist beim Aufgang der Schließanlage des Schützenvereins. Augensichtlich wird an der feineren Brücke an der Leipziger Straße gearbeitet. Nach Reinigung des offenen Teiles des Solgrabens werden auch der überwölbte, der in Konjokalen gelegte Teil innerhalb des Badeparks gereinigt werden.

Schneebel

Von der Volksküche. Die endgültige Ueberstufung der Volksküche in ihr neues Heim, ins Hotelhaus in der Oststraße, wird am 15. November erfolgen, so daß dort erstmalig am 17. November gekocht werden kann. Am 5. November waren es vier Jahre, daß die Volksküche besteht. Täglich, außer an den Sonntagen, ist eine Menge Essen herausgegeben worden. In den Winterhalbjahren waren es immer ungefähr 500 Liter, während es gegenwärtig 250 bis 370 Liter sind. Was die Volksküche im Jahre 1928 nur als vorübergehende Einrichtung gedacht, so ist sie jetzt zu einer ständigen geworden und an eine Aufhebung ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Für die neue Volksküche war die Anschaffung eines großen Kessels, der 250 bis 300 Liter Essen fassen sollte, geplant. Wegen der großen Inflation mußte darauf verzichtet werden. Es sind wieder zwei neue und ein alter Emailkessel eingebaut worden. Der Raumraum ist bedeutend größer. Die Wasseranlagen und Ausgänge sind so gelegt, daß die Kessel mit Leichtigkeit gefüllt werden können. Für durchreisende Leute, die vom Wohlfahrtsamt nach Prüfung der Papiere unentgeltlich Essen erhalten, ist ein Schraum geschaffen worden, so daß man sagen kann, die Volksküche ist der neuen Zeit entsprechend eingerichtet. Der Kampf der Küche, die seit Jahren mit Recht die Verlegung der Volksküche verlangte, hat sein Ende gefunden. Wir wollen hoffen, daß nun die Volksküche ihr dauerndes Heim gefunden hat.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Dienstag 20 Uhr Fraktionsitzung.

Stadthaus

Stadtverordneten-Sitzung am Dienstag, 11. a. Aufnahme eines langfristigen Darlehens.

Bei einsetzendem Frost muß auf den Schutz der Wasserrohre und Wassermeßer durch Umwickelung mit schlechten Wärmeleitern geachtet werden, da infolge Rohrbruchs auch Ueberschwemmung im ganzen Haus entstehen kann.

Die Einweihung des Ebert-Gedenksteins wird erst im Frühjahr 1929 erfolgen.

Ein vorzeitiges Ende fand am Freitag die Ueberaufführung im Schauspieltheater. Durch einen Maschinendefekt war ein Teil des Filmstreifens in Brand geraten. Gefahr für die Besucher bestand nicht, da starke Betonmauern Vorführungsräum und Theateraal trennen.

Aus der Altmark

Kangxi wieder in der Altmark.

Der berühmte Ein- und Ausdröcker Kangxi scheint wieder die Altmark heimzudenken zu wollen, denn kürzlich wurden in Welfau und in Schwargenhagen Einbrüche verübt, deren Ausführung fast zweifellos auf Kangxi als Täter schließen läßt. Seine Spur konnte noch nicht entdeckt werden.

Die Zeit der Badesäulen

In den Aufgaben einer modernen Volkshygiene gehört auch die Erreichung von Badesäulen. Wenn in dieser Beziehung auch große und mittlere Städte bereits Vorarbeiten geleistet haben, so läßt doch diese Fürsorge in kleinen Städten und größeren Dörfern noch manches zu wünschen übrig. Der allmähliche Gedanke, daß alles zu machen übrig, den Anfang mit der Baderzeugung unter den kleinen Orten des Kreises Gardelegen haben in dieser Zeit die 5000 Einwohner zählende Stadt Debitzele und das Dorf Salsen, mit nur ungefähr 400 Seelen, gemacht. Es ist zu hoffen, daß sich diese Beispiele die anderen Orte angeschlossen werden. Die Säulen sind für Bäder und hauptsächlich geteilte Stadt- und Badesäulen. Die allmähliche Zeit vom Beginn solcher öffentlichen Einrichtungen zu Baderzeugung, dafür ein Beispiel aus einem benachbarten Gebiet. In einer allmählichen Stadt, deren Name nicht genannt werden soll, wurde nach 1926 das Straßenbad durch einen Baderbau ersetzt. Durch örtliche Polizeiverordnungen ließ der Bader nicht einsteigen. Der Bader wurde zu Hause gezwungen und demgegenüber bezog sich der Bader auf einen Vertrag aus dem 17. oder 18. Jahrhundert, wonach er nicht verpflichtet werden könne, den unzufriedenen Hausen zu verlassen. Was das auch war ein Vertrag sein, er bezog sich doch, wie immer es den Bader anging, sich an Klagen zu gewöhnen und nicht sich zu beschweren, die Bader haben, bei denen keine Baderzeugung Charakter der Zeit dem sozialen Fortschritt folgen zu beschaffen.

Die Bader der heutigen modernen Badesäulen waren in Mittelalter die Bader. Auch alle allmähliche Städte, wie Salzwedel, Stendal und Gardelegen haben damals die Baderzeugung gemacht. Wenn auch die Bader nicht direkt, wie damals fast alle Bader, und Baderzeugnisse, hauptsächlich waren, so waren sie doch fast stets irgendeinem Heiligen geweiht. In den meisten Orten werden heute Säulen errichtet. Aber es gibt in manchen Orten noch eine „Stabenstraße“ oder einen „Stabweg“, die nach den dort gelegenen Badesäulen hinstehen. Die Hauptbedeutung für die Erreichung von Badesäulen war die für das Mittelalter so charakteristische Krankheit, der Krätze, was Bader unter dem Namen „Lepra“ bekannt war. In der Baderzeugung allmählichen Baderzeugung hatte wohl besonders das Drogen unzufriedener Baderzeugung und Schutz an der Baderzeugung der Baderzeugung.

Schneebäder jah man als gute Heilmittel gegen Hautkrankheiten an.

Die Leistung der Badesäulen oblag dem Bader. Der Name ist der Gegenwart noch nicht fremd. Vor 10 bis 15 Jahren nannte man in manchen Dörfern den Bader so, der nebenbei auch Baderzeugung und Baderzeugung operierte. Im Mittelalter war es durchaus üblich, daß die Bader leichter ärztliche Verrichtungen machten, zur Ader ließen, stärksten, Pflaster legten und so weiter. In den Badesäulen größerer Städte hatten sie in den Badergassen ihre Stühle. Letztere wurden nachher durch Polizeiverordnungen gezwungen, in bestimmten Säulen als Baderpersonal zur Verfügung zu stellen. Das weißliche Geschlecht ließ sich in der Badesäule von der Badermutter bedienen. Das war zugleich die von der Kommune verpflichtete Badermutter. Die Baderzeugung „Badermutter“ für Badermutter rührte also nicht daher, daß sie Säulen hat, sondern weil sie früher im Hauptberuf die Badermutter einer Badesäule war.

Der kirchliche Charakter der mittelalterlichen Baderzeugung und der äußere Heiligencharakter der Badesäulen vermochten nicht, Krätze und Ausschlag zu heilen. Die mittelalterlichen Badermütter waren die Badermutter, auch „Badermutter“ genannt. Sie gehörten einem heiligen Frauenverein an und verpflichteten sich zu asketischem Leben. Der heilige Priester Lambert de Begone soll ihr Gründer gewesen sein. Obwohl ursprünglich geistliche Frauenvereine, benutzten sie sich in ihren Badermüttern, denn es in Salzwedel und Seehausen bezeugt gab, mehr und mehr. In Ende des Mittelalters fanden die Badermütter und ihre Häuser in Welfau auf. Auch wurde Badesäule hatte eine interessante Baderzeugung angeordnet. So war es üblich, daß am Tage vor der Baderzeugung das Badermutter mit dem Bader in die Badesäule zum Bader lag. Dies Bader vor der Baderzeit wurde meistens mit einem großen Schwamm. Daß die Badesäulen ziemlich geräumig gewesen sein müssen, davon zeugt auch, daß es Sitte war, ziemlich lange im Bader zu bleiben, ja sogar auch dem Bader darin auch gut zu liegen und zu trinken. In vielen Orten gibt es noch heute Badesäulen, die nach dem Namen und Frauen hießen damals nicht als Bader.

Damals auch diese Leute die Bader der Bader genügen konnten, stellten viele Leute, zumal bei Badesäulen in ihren Häusern, für die Bader Seebäder. Gehe und Kranke wurde dabei ebenfalls gewaschen. Allerdings wurden auch nach Baderzeugung dieser Bader in den Badesäulen nach einem

Genebu

In der Generalversammlung der freiwilligen Feuerweh wurde beschlossen, eine 14 Meter hohe mechanische Leiter nebst Schlauchzug und Gummistrahlrohr mit Abwehrhahn anzuschaffen. Die Bestellung soll bis zum 20. November erfolgen. Außerdem sollen noch 150 Meter Gummischlauch bestellt werden. Eine Reihe Neuaufnahmen fand die Zustimmung der Generalversammlung.

Im Hause des Alkohols kam es in einer hiesigen Gastwirtschaft zu Streitereien und Tätlichkeiten. Die Angelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Bismar

Verlängerung des Fernsprechkabels. Die Verlegung des Fernsprechkabels Bismar-Wartenberg-Berlau schreitet züftig vorwärts. Jetzt ist man bei Wartenberg angelangt, und man denkt, in einigen Wochen Berlau erreicht zu haben. Dann kommt die Fernsprechkabelnehmer zu ihrem vollen Rechte.

Der Marktmarkt findet am kommenden Mittwoch statt.

Debitzele-Salzwedel

Allgemeine Ortskrankenkasse Debitzele. Die Wahlen zum Ausschuss erfolgen am 18. Dezember im Lokal von Hermann Lamborn, Lange Straße, und zwar für die Arbeitgeber von 14 bis 18 Uhr und für die Versicherten von 18.30 bis 19 (4.30 bis 7 Uhr) abend. Die Wahl des Vorstandes erfolgt später. Es ist Pflicht eines jeden Versicherten, sich über die Wahlvorschriften zu informieren und durch Abgabe seiner Stimme seine Interessen zu vertreten.

Sie sind amtsübe. Die zum Freitag abend anderwärts Stadtverordneten-Sitzung konnte wegen Beschlussunfähigkeit nicht stattfinden. Zur Sitzung waren nur 7 Stadtbücher erschienen während 10 zur Beschlussfähigkeit nötig sind.

In spinaler Lähmung gestorben. Auf dem benachbarten Gute Wüste erkrankte am Mittwoch der Hofmeister Bürges an Grippe. Da sich Lähmungserscheinungen einstellten, erfolgte seine Ueberführung nach Braunschweig in das Landeskrankenhaus, wo er nun am Freitag morgen verstarb. Es ist einmündig ein Kind in der Lähmung als Todesursache festgestellt.

Lausbuben treiben im Stadtteil Altstadt in den Abendstunden ihr Unwesen. Verschiedenen Bürgern beschädigten sie die Häuser.

Herbstliche Himbeerernte. Der Gärtner Willi Bartels hat zum zweitenmal schöne rote Himbeeren geerntet. Es soll sich um die Sorte „Immertragende von Seibkonnen“ handeln. Die Beeren sollen von gutem Geschmack sein.

Osterburg

Eine öffentliche Parteiversammlung fand am Sonnabend abend im Schützenhaus statt. Die Versammlung hätte besser besucht sein können. Genosse Weber (Magdeburg) sprach über das Thema „Die Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit“. Er forderte am Schluß alle Anwesenden auf, nicht nachzulassen in der Werbung für die Partei und für die „Volksstimme“. Nur eine starke Arbeiterbewegung kann das Los der Arbeitenden bessern.

Marktmarkt. Nach altem Brauche finden um diese Zeit überall in den sogenannten Landflecken die beliebigen Marktmarkt statt. Jung und alt strömen von nah und fern zusammen. Ein paar erübrigte Spargroschen werden für dies und jenes eingetauscht, und nachher geht es auf den Parkettboden. Die Kinder haben an diesem Tag ihre besondere Freude: Den Schulkranz in die Gasse und auf in den Kampf! Aber mancher arme müde Arbeitsschnecke, hat keinen Groschen für den Marktrummel übrig. Krüppel sitzen an der Erde und bieten flehentlich etwas an. Viele Stadthelmer, die noch heute den Frontgeist verherlichen, gehen achsellos an diesen Kameraden vorbei. Man spottet ihrer nicht und empfindet es als lästig, daß sie am Wege liegen. So hat jeder Markt seine Freuden- und auch seine Schattenseiten. Der Markt war gut besucht. Aussteller hatten sich genügend eingefunden. Es bot sich Gelegenheit, seinen Bedarf hinreichend zu beden.

Auf dem Ferkelmarkt waren 350 Ferkel und 8 Risse angefahren. Es kosteten Ferkel bis zu 6 Wochen 5-7 Mark, 6 bis 8 Wochen 6-8 Mark, 8 bis 10 Wochen 8-10 Mark, 10 bis 12 Wochen 10-12 Mark; Risse wurden mit 12 bis 30 Mark gehandelt.

Seehausen

Eingebrochen wurde in der Nacht zum Freitag in das Kontor des Getreidehändlers Adolf Beyer. Gestohlen ist nichts. Geld war nicht vorhanden. Wie die Spuren nachweisen, sind die Täter durch ein vergittertes Fenster in den Speicher gebrungen. Die Verbindungstür vom Speicher nach dem Kontor ist gemauert geöffnet worden. Ebenso wurde auch der Schreibtisch erbrochen.

Salzwedel

Gestohlen wurde in den letzten Tagen ein Fahrrad, Marke „Diamant“, Nr. 400866. Das Rad trägt ein Schild „Die Schöne aus Seehausen.“ Wer über den Verbleib etwas weiß, melde es der Polizei.

Der Ferkelmarkt war sehr flau. Angefahren waren 777 Stüd. Die Preise waren: 6 Wochen alt 3 bis 5 Mark; 8 Wochen

alten kirchlichen Visitationsbericht „wer weiß was für Missetaten“ getrieben.

In Missetaten kamen die öffentlichen Badesäulen, als die Franzosenkrankheit oder Aussende (Syphilis) auftrat. Man sah die Badesäulen als Infektionsherde an und versuchte, die in ihnen vorhandenen Anordnungen durch harte Strafbestimmungen entgegenzutreten. So erließ der Rat von Gardelegen eine Anordnung, in der bestimmte Badesäulen für die beiden Geschlechter getrennt festgesetzt und hohe Geldstrafen für die Uebertretung bestimmt wurden. Im Dreißigjährigen Krieges schlug für die meisten der öffentlichen Badesäulen die Sterbestunde. So heißt es in einem Bericht aus Stendal aus dem Jahre 1628 bis 1644:

Und da zu unsern Zeiten in den Kriegsjahren die Badesäulen bei St. Spiritus majoris hospital einfiel, so daß sie nicht mehr gebraucht werden noch werden konnte, verkauften die alten Leute des Hospitals den feineren Badesäulen dem Hofmeister des anliegenden Klosters St. Katharinen. Aber da man ihn wegwälzte, um einen Pferdekrummen daraus zu machen, zerbrach er.

Die älteste Badesäule läßt sich 1238 in Stendal nachweisen; sie soll in der Wurzmacherstraße gewesen sein. Mit dem Hospitalbadesäulen waren in Stendal sieben Badesäulen vorhanden. In der Altstadt Salzwedel soll es drei gegeben haben. In Tangermünde befand sich eine Badesäule auf der Burg und eine auf der Schloßfreiheit Nr. 4 in Privatbesitz. Außerdem sind zwei öffentliche Bäder nachgewiesen, eins in der Hofstadt und eins außerhalb des Lores am Langer. Um sich einen einigermaßen guten Einblick in das Leben und Treiben jener Badesäulenzeit zu verschaffen, muß man schon einmal die „Illustrierte Sittengeschichte“ von Emil Fuchs anschlagen. Unter dem Mantel kirchlicher Liebe wurden Krätze- und Badesäulen betruet. Die Krankenkasse der Seehausen in Werben führte sogar den Namen „unser leuchtender Frauen buse“, d. h. Badermutterbude, weil sie unter den Schutz der Mutter Maria gestellt war. Ueber das Baderbistum in der Krätze- und Gesundheitspflege ist man aber im Mittelalter nicht hinausgekommen. Und was die Sittlichkeit anbetrifft, darf man wohl behaupten, daß wir dank dem Kampfe der Sozialdemokratie für Menschlichkeit und Fortschritt der sogenannten „guten alten Zeit“ ein gutes Stück voraus sind und den rohen Formen jener Zeit hoffentlich für immer den Rücken gelehrt haben.

Dr. B. Spitzer

alt 5 bis 8 Marz, 13 Wochen alt 8 bis 10 Marz. Es verblieb viel Heberstand.

Auf dem Wochenmarkt herrschte ein sehr reger Verkehr. Kartoffeln waren in großer Menge angefahren. Es kosteten der Zentner gelbfleischige 3,75 bis 4 Marz, weiße 3,50 Marz; Keffel Pfund 20 bis 45 Pfennig, Blumenkohl Stück 40 bis 50 Pfennig, Gänse Pfund 80 bis 90 Pfennig, Enten 1 Marz.

Angeschossen hat sich in ihrer Wohnung die Frau eines ehemaligen Bankdirektors. Wirtschaftsjahren sind das Motiv zur Tat. Die Babuarnswerte ist einer Landesheilanstalt übergeben worden.

Erziehung? Ein sehr nervöser Herr scheint der Lehrer G. an der Knaben Volksschule zu sein. In den letzten Tagen hatte sich ein Schüler W. durch Unaufmerksamkeit etwas schuldigen kommen lassen. In seiner Aufregung schaltete er den Jungen vor die Brust, zertrugte und beschimpfte ihn. Nach unfruchtlicher Ansicht sind das keine Erziehungsmittel.

Zangermünde

Parteiverammlung Dienstag den 8. November, 20 Uhr, in der Genossenschaft. Referent: Parteisekretär Genosse Schumacher (Magdeburg).

In der Disziplinierung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes sprach Kollege Wernicke (Galle) über das Arbeitsgerichtsrecht. Der Kampf um die Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit, und nicht zuletzt das Streben der Arbeiterschaft nach einer einheitlichen Rechtsprechung für alle sich aus dem Arbeitsprozess ergebenden Streitigkeiten setzte zuerst in den westlichen Ländern Europas, namentlich in England, ein. Die sprunghafte Industrialisierung dieses Landes, verbunden mit einer rückständigen Ausbeutung der Arbeiterschaft, ließ dort die Gewerkschaften in ihrer ursprünglichen Form entstehen. Namentlich war es die Kinderarbeit und die übermäßig lange Arbeitszeit der Jugendlichen, die dort die Gewerkschaften auf den Plan riefen und von der Regierung Schutzgesetze forderten. Erst noch in allerjüngster Zeit haben die englischen Kapitalgehaltigen erreicht, daß der Vergarbeiterstreik auf dem Wege der Gesetzgebung unterdrückt wurde. In Deutschland setzten die Anfänge der Arbeiterbewegung Anfang des vorigen Jahrhunderts ein. Namentlich waren es die westlichen Teile Deutschlands. Aber erst der Krieg und die Revolution machten in Deutschland den Weg frei für die Forderungen auf einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit. Die Verfassung von Weimar stellt die Arbeiterschaft unter den besondern Schutz des Reiches. Auf Grund der Weimarer Verfassung sind Ausführungsgesetze geschaffen. Nach dem neuen Arbeitsgerichtsrecht ist eine Konzentration der Arbeitsgerichte eingetreten. Im Bezirk Sachsen-Anhalt waren weit über 100. Jetzt bestehen 26 Arbeitsgerichte und 4 Landesarbeitsgerichte. Die Landesarbeitsgerichte befinden sich in Magdeburg, Halle, Dessau und Halberstadt. Die organisierte Arbeiterschaft verlangt, daß die Rechtsprechung eine sachgemäße, billige und volkstümliche sein muß. Die Gewerkschaften haben es sich zur Aufgabe gemacht, die vielen hundert Beisitzer zu Schulen und mit einschlägigem Material zu versehen. Es mögen alle Kollegen den Winter benutzen, sich weiter zu bilden, zum Vorteil der gesamten Arbeiterschaft.

Uchir noe Börgis

Den Verkauf der Lose der Arbeiterwohlfahrtslotterie hat Genosse Wessolle in Uchirprunge übernommen.

Stadtkreis Stendal

Ertappter Tabakwärendler Otto A. aus Stendal wegen Steuerbetrugs zu verurteilen. Ein Zollbeamter hatte unter dem Tarnnamen des Angeklagten gefälschte Steuerzeichen und auch die Werkzeuge zu den Fälschungen entdeckt. Die Schulsumme war zum Hauptzollamt auf 1561,80 und von ihm selbst auf 300 bis 400 Marz errechnet worden. Wegen Vergehens gegen das Tabaksteuergesetz und gegen das Strafgesetzbuch wurde der Ertappte zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten und zu einer Geldstrafe von 6250 Marz verurteilt.

Wochenmarktpreise. Es kosteten: Schweinefleisch Pfund 1,10 bis 1,20 Marz, Rindfleisch 1,20 bis 1,40, Leberturk 1,20, Rotmurr 1,20, Kalbfleisch 1,20, Schlachtwurst 1,80, Wurst 1,80, Mettwurst 1,40 bis 1,60, Polnische 1,80, Knoblauchwurst 1,20, Jagdwurst 1,40, Koppfülle 1,10, Schmalz 1,20, geräucherter Speck 1,30, Schinken 1,60, Hammelfleisch 1,20 bis 1,30, Gefrierfleisch 0,90 bis 1,20, Gefrierleber 1,00, Bauernkäse Rolle 0,90 bis 1 Marz, Stangenlimburger 50 Pf., Eier Stück 17 Pf., Volkereibutter Pfund 2,25 Marz, Landbutter 2 Marz, Zwiebeln Pfund 15 Pf., Kartoffeln 10 Pfund 45, Weißkohl Pfund 6, Rotkohl 15, Wirsingkohl 10, Kohlraben 10, Blumenkohl Stück 10 bis 50, Birnen Pfund 20, Keffel 20, weiße Bohnen 30, Komaten 25, junge Rauten Stück 85 Pf., junge Hähnchen Stück 1,10 Marz, Gänse Pfund 1,00, Enten 1,30, Gänse 0,90 bis 1,20 Marz; Seefische Pfund 30 bis 50 Pf., Hecht 1 Marz, Karppen 1,00, Wienenhonig 1,50 Marz.

Werbeversammlung der Frauengruppe der Partei am Dienstag den 8. November, 20 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses. Genossinnen, sorgt für guten Besuch, werbt von Mund zu Mund! Eine Magdeburger Genossin spricht.

Achtung, Funktionäre! Das Werbematerial der Partei für die Betriebe ist eingetroffen und kann vom Parteisekretariat abgeholt werden. Laßt kein Material ungenutzt liegen!

Öffentliche Impfungen am Dienstag den 8. November, 16.30 Uhr, in der alten Volksschule am Dom, Ecke Weberstraße, für alle Kinder, die 1928 oder früher geboren und noch nicht mit Erfolg geimpft sind.

Neueröffnungen. In einer Bekanntmachung des Regierungspräsidenten heißt es: „Zur Ausübung der Neumessung der innern Stadtlage ist neben den Katasterämtern im neuen Behördenhaus Volkstraße eine Messungsabteilung der Regierung eingerichtet worden, zu deren Leitung der Katasterdirektor Schulz vom Finanzminister berufen wurde. Die Grundeigentümer, Pächter oder Nutznießer der Grundstücke werden ersucht, der Aufforderung der Messungsbeamten, die Grenzen der zu vermessenden Grundstücke anzuzeigen, Folge zu leisten.“

Auf dem Fundbüro wurden eine Geldtasche mit Inhalt, ein Fahrrad, ein Kinderpudel und ein Pompadour mit einem Paare Kinderschuhen abgegeben.

Sich selbst erschossen. Am Sonntag in den Vormittagsstunden erschoss sich mit einem Revolver der im Reichsbahn-Ausbeherungswerk beschäftigte Fritz Zümpfer in seiner Wohnung in der Weinbergstraße. Der Tod trat sofort ein. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Die Strafe verschärft. Vor der Großen Stendaler Strafkammer wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen die Chauffeur Gustav F. und Sohamnes Sch. aus Stendal wegen

Notzucht verhandelt. Vom Schöffengericht waren F. und Sch. zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Beide Angeklagten und der Staatsanwalt hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Zur Verhandlung vor der Strafkammer waren 22 Zeugen und ein Sachverständiger geladen. Es wurde den Angeklagten zur Last gelegt, ein junges Mädchen im Auto entführt und außerhalb Stendals mißbraucht zu haben. Das Gericht verwarf das erste Urteil und beurteilte den Angeklagten F. zu einem Jahre Gefängnis und den Angeklagten Sch. zu neun Monaten Gefängnis. Weiden Angeklagten wurde Strafaussetzung mit Bewährungsfrist auf die Dauer von 8 Jahren gewährt, nachdem sie die Hälfte der Gefängnisstrafe verbüßt und sich während der Strafvollstreckung gut geführt haben.

Stadtheater. Am Freitag gelangte die Operette „Der Graf von Luxemburg“ von Franz Lehár vor beinahe vollbesetztem Hause zur Aufführung. Einzelne Darsteller gefielen diesmal nicht. Das Stadtheaterorchester tat sein Bestes. Die Operette wird am Dienstag noch einmal gegeben.

Öffentliche Volksbücherei Zangermünde

Knabenhule Lindenstr. Geöffnet Mittwoch 4-6 Uhr

Vereine und Versammlungen

Zur Arbeitszeitfrage im Fleischerhandwerk.

Der Deutsche Fleischer(meister)verband ist eifrig bemüht, die Arbeitszeit der Fleischergehilfen auf wöchentlich 54 und mehr Stunden festzulegen. Außer dieser im Widerspruch zum Arbeitsnotgesetz vom 1. Mai 1927 stehenden Forderung verlangt er von der Gesellschaft unentgeltliche Leistung von sogenannten Vorbereitungs-, Ergänzungs- und Aufräumungsarbeiten, und erst dann soll der Fleischergehilfe Anspruch auf die Bezahlung von Ueberstunden haben.

Sehr starken Widerhall für ihre Forderungen finden die Fleischermeister im Hirsch-Dunderfchen Fleischergehilfenbund, der bereit ist, für das Fleischerhandwerk diese Arbeitszeitregelung treffen zu wollen. Obwohl der „Bund“ den Hirsch-Dunderfchen Gewerkschaften angeschlossen ist und diese sich zu den Vereinbarungen der deutschen Spitzenorganisationen bekennen, unter allen Umständen an der gesetzlichen Arbeitszeit von 8 Stunden festhalten zu wollen, duldet man diesen gelben Abkömmling.

In einer öffentlichen Versammlung in Magdeburg beschäftigten sich die Fleischergehilfen mit dieser Frage und fand ihre Auffassung dazu in folgender, einstimmig angenommener Entscheidung Ausdruck:

„Die am 24. Oktober in Magdeburg stattfindende, sehr stark besuchte öffentliche Fleischergehilfen-Versammlung des Zentralverbandes der Fleischer nimmt von den Bestrebungen des Deutschen Fleischer(meister)verbandes, einen Reichsrahmentarifvertrag auf der Grundlage der 54-Stunden-Woche abzuschließen, Kenntnis und lehnt es entschieden ab, denselben in seiner vorliegenden Fassung anzuerkennen.“

Der Entwurf des Reichsrahmentarifvertrags bezweckt nichts anderes, als lediglich nur ein Arbeitszeitabkommen außerhalb des Arbeitszeitnotgesetzes vom 1. Mai 1927 zu schaffen, wonach der Gesellschaft jedes Recht benommen sein soll, künftig auf der Grundlage des 8-Stunden-Tags beharren zu können. Durch die Festlegung der Vorbereitungs-, Ergänzungs- und Aufräumungsarbeiten im Sinne der Fleischermeister wird weiterhin auch die beabsichtigte 54-Stunden-Woche in Frage gestellt, und es wird so niemals Laßnahme werden, daß im Fleischerhandwerk geordnete Arbeitszeitverhältnisse geschaffen werden können. Alle übrigen im Reichsrahmentarifvertrag angeführten Vergünstigungen treten neben der Arbeitszeitregelung sehr stark in den Hintergrund, so daß ohne weiteres ersichtlich ist, daß der Fleischermeister-Verband in der Hauptsache auf die Arbeitszeit das Schwergewicht legt. Ein Mißbestimmungsrecht der Gesellschaft in bezug auf Lohn- und dergleichen Fragen kommt nirgends zum Ausdruck; jede Regelung soll nur dem Arbeitgeber überlassen bleiben.

Das entspricht keinesfalls gewerkschaftlichen Grundfragen, an denen die Versammlung gewillt ist festzuhalten und jahrelang darum kämpfen mußte. Die noch im Kleinleischerhandwerk vorhandenen rückständigen Bräuche und Gepflogenheiten mit den die Gesellschaft schädigenden Auswirkungen müssen endlich beseitigt werden, weil auch der Fleischergehilfe Anspruch auf zeitgemäße Lohn- und Arbeitsbedingungen erheben kann.

Die durch den Zentralverband der Fleischer abgeschlossenen Tarifverträge bieten aber vollumfänglich die beste Gewähr, daß den im Kleinleischerhandwerk beschäftigten Arbeitnehmern Rechnung getragen wird.

Die Versammlung nimmt aber weiter Kenntnis, daß es insbesondere der Hirsch-Dunderfchen Fleischergehilfenbund ist, der für eine 54tündige und darüber hinausgehende Arbeitszeit im Kleinleischerhandwerk Stimmung macht, und betont ausdrücklich, daß sie nur im Zentralverband der Fleischer die maßgebendste Interessensvertretung erblickt, und der „Bund“ nicht berufen ist, einschneidende Bestimmungen treffen zu können, die sich nur zum Schaden der Beschäftigten auswirken müssen.“

Eingefandt

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Mißtörender Lärm in Rothensee.

Seit geraumer Zeit leiden die Anwohner des Rothenseer Bahnhofes unter dem Sirenenheul vom Rangierbetrieb.

Am 11. September wandten wir uns mit einem Beschwerde schreiben an die Reichsbahndirektion Magdeburg. Eine Rückbefragung erfolgte nicht, und nach Verlauf von 14 Tagen wandten wir uns an das Polizeipräsidium mit der Bitte um Beistand in der betreffenden Angelegenheit. Nach 4 Tagen schon quittierte das Polizeipräsidium den Erhalt der Beschwerde und sagte nach Abschluß der Ermittlungen weitem Beiseid zu. Seit 8 Wochen warten wir nun auf Antwort.

Waher ist nichts geändert und heult die Sirene unermüdlich weiter, teilweise bis 8mal in einer Stunde. Wer dabei noch gut schläft, muß nicht nur eiserne Nerven, nein, der darf überhaupt keine Nerven haben. Uns scheint, als wäre die Sache erledigt und wir hätten uns damit abzufinden, auch weiterhin um unsern Schlaf betrogen zu werden.

Es soll Zweck dieser Zeilen sein, bei der Reichsbahndirektion bzw. beim Polizeipräsidium um schnellste Einstellung des ruhestörenden Lärmes zu bitten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Burg, Dienstag den 8. November, abends 8 Uhr, Monatsversammlung bei Biering, früher Krähle.

Briefkasten

Ein einige Verleumdungen. Von Verleumdungen gegen arme Leute, die in der Not einmal das Mehl und den Wein vergessen haben oder gegen andre kleine Sünder, deren Missetat auf den geraden Weg zu verhüten ist, berichtet die „Volkstimme“ nicht. Zu Ausnahmen entschließen wir uns nur in den wenigen herabwürdigen Fällen in denen es ein Interesse der Allgemeinheit von uns erheißt. — R. Kaufmann, Magdeburg. In dem geschilderten Falle scheint es sich um die Annahme eines Kuriers zu handeln. Wir werden der Preisbehördenverwaltung davon Mitteilung machen.

Bereinstalender

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Stelle 50 Pfennig, aufgenommen. Reichsbund deutscher Arbeiter, Bezirk Wilhelmshafen. Freitag den 11. November, abends 8 Uhr, im kleinen Gohlener-Saal Monatsversammlung. Referent: Stadterordneter Henneberg. Eingeladene Gäste willkommen. 1928

Wasserstände

+ bedeutet über, - unter Null.		Wasser	
Stelle	Wasserstand	Stelle	Wasserstand
Helmstedt	7. 11. + 0,03	Düben	7. 11. + 0,04
Wernitz	+ 0,01	Wernitz	+ 0,01
Wernitz	+ 0,02	Wernitz	+ 0,02
Wernitz	+ 0,03	Wernitz	+ 0,03
Wernitz	+ 0,04	Wernitz	+ 0,04
Wernitz	+ 0,05	Wernitz	+ 0,05
Wernitz	+ 0,06	Wernitz	+ 0,06
Wernitz	+ 0,07	Wernitz	+ 0,07
Wernitz	+ 0,08	Wernitz	+ 0,08
Wernitz	+ 0,09	Wernitz	+ 0,09
Wernitz	+ 0,10	Wernitz	+ 0,10

Wettervorhersage

Ausichten für Dienstag: Unbeständiges Wetter mit Nebelböen in Schauern und weiterem Temperaturrückgang. Für Mittwoch: Keine wesentliche Änderung des allgemeinen Witterungscharakters, doch weitere Abkühlung wahrscheinlich.

Rundfunkprogramme

Leipzig — Dresden

Dienstag, 8. November. 15.30: Aus neuen Bildern. 16.30: Leipzig, Kunkord. 18.05: Frau Ademann: Die Frau in der Stadtverwaltung. 19: Prof. Blumenfeld: Auswahl und Verteilung der Arbeitkräfte. 19.30: Vortrag des kral. Bezirksvereins: Sport und Gemütsmittel. 20.15: Solisten-Konzert. Mitwirkende: Käthe Käthe (Gesang), St. Anker (Cello), Dr. Müller (Klavier), Th. Blumer (Klavier), Flügel: Köhler. Wolf: Heut nacht erob ich mid; Wir haben beide lange Zeit geschwiegen; Die Bekannte; In dem Schatten meiner Bode; Der Schäfer; — Schumann: Adagio für Cello und Klavier. — Regner: Klötenhellerin; Kroetz: Der gute Rat; Ein Längchen; Frühjahrsregen. — Regner: Largo für Cello solo. — 21. Oktober: Gang bei Nacht; Märchen; Wolf und Anecht und Ueberminder. — Glasunow: Gesang des Almländlers. 21.15: Volkstänze. Funkkapelle. 22.15: Sport. 22.30: Tanzmusik.

Berlin — Königsrufterhausen — Stettin

Dienstag, 8. Nov. 12.30: Für den Landwirt. 16: Stunde mit Bildern. 16.30: Fritz Reuter (zu seinem Geburtsstage am 7. Nov.). Aus „U mine Stromtid“. Gepr. von S. Brandt. 17: Unterhaltungsmusik der Kapelle Rosch. 18.30: Einl. zu dem Sendespiel am 9. Nov. 19.05: Teleg. Dir. Raetzig: Was muß der Berliner Fernsprecherbenutzer von den neuen Selbstständigkeitsämtern wissen? 19.30: Die Berliner Museen. Dr. Kuhn: Die Entstehung der Berliner Museen. 19.55: Prof. Deffort: Erörterungen und Theorien des Stultismus (Die Erfindungen des physischen Mediumismus). 20.30: America (1. Einclat Lewis. Einl. Worte: Dr. Gust Faustmann. Aus Dr. Arrolmuth. Aus Rabbit. W. Brandt (Rez.). — 2. Musik. Dir.: Bruno Seibel-Winkler. Madrigale: Canadische Madrigale. — Mac Donnell: Zweite Indianische Suite. Berliner Funkorch. — Anstl.: Sport. Stettin. 19.05: Chefredakteur Darius: Gespräche der Stettiner Zeitungen.

Hamburg — Hannover — Bremen

Dienstag, 8. Nov. 16.15: nur Hamburg: Jacob Dohel-Gebings Mahimik und Erfinder des Porzellans. 16.15: nur Bremen: Cello-Konzert für zwei Celli. Ausg. von W. Vajda vom Städt. Orch. Bremen und W. Marx vom Norag-Orch. Am Flügel: A. Krug. Biotti: Duo. — Donizetti: Fant. aus Lucia. — Servais: Melodie. 16.15: nur Hannover: Das goldene Handweil. Gedichte von Carmen Solva, gel. von Erna-Käthe Hoffmann, mitw. das Norag-Orch. am Flügel: J. Ehrlich. 16.15: nur Kiel: Moderne Saiten. Norag-Orch. 17: Hamburg (alle Noragender): A. Sietens: Porzellan mit 3 Wellenlinien. Ein Gang durch eine Porzellanmanufaktur. 17.20: Hamburg (alle Noragender): Steuersund. Die Verädlung wichtiger Belastungen bei Festlegung der Einkommensteuer. Steuertermine. 17.40: Hamburg (alle Noragender): Dr. Gerdes: Bilder aus der deutschen Theatergeschichte. Die Wanderfahrten der Meininger. 19: Hamburg (alle Noragender): Ing. Rirchlin, Berlin: Können wir heute noch ohne elektrischen Strom auskommen? 19.25: Hamburg (alle Noragender): Aus dem Hamburger Stadttheater: „Wda“ Oper in 4 Akten von Verdi. Text von Ghislanzoni. Mus. Vert.: Generalmusikdirektor. Berl.: Der König von Ägypten: Dr. Hoffmann-Ammeris, keine Loiter; S. Kallert; Wda, äthiopische Sklavin: A. Mändow; Kadames: E. Enderlein; der Oberpriester: S. Rostowiz; Amorosio, König von Äthiopien: H. Keimmar; der Bot: F. Christian; die Priesterin: F. v. Jendork. Die Handlung spielt in Ägypten zur Zeit der Pharaonen. 22.30: Hamburg (alle Noragender): Die aktuelle Stunde. — Anstl.: Konzert.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Erkältet?

Fah's echte Sodener Mineral-Präparaten werden Ihnen gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung nützliche Dienste leisten. Sie können die Präparaten auch mit Menthol haben.

Hahlrohr-Bettstellen
Erzeugnisse der deutschen Industrie mit
Kunststoff-Zugfeder-mattensystem, weiches, schwarzes,
aber braun aussehendes, mit weichen Federungen.

Auflegemattchen
in allen Größen und Größen
Anzahl bei hundertfachen billigen Preisen.

BETTEN-INDUSTRIE
WILHELM CORNETH
in der Kaiserstr. 100, Berlin-Schöneberg, Telefon 1011

Oskar Schülers
Trauermagazin
Große Marktstraße 3
(drittes Haus, Nähe Standesamt), Fernspr. 4411
Särge für Erwachsene von 25 Mk. an
Ueberführungen per Auto

Kinderwagen
nur beste Fabrikate
Resenauswahl Resenauswahl

Wilhelm Oehlmann
Tischlerbrücke 6/7 u. 31
Telephon 4771 Telephon 4771
Gegründet 1812.

Gas Haus für Licht
Allgemeine Gas- und Licht-Action-Gesellschaft
Magdeburg

